

— Sechszehnter Jahrgang. —

Nr. 39.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 20. bis 26. September 1907.

Posen, den 1. Oktober 1907.

**Vericht*)
über den Verlauf der am Dienstag, den
10. September d. J. im BazarSaale hierseibst
abgehaltenen Versammlung katholischer
Geistlicher der Erzdiözese Gnesen-Posen.**

Posen, den 11. September 1907.

Die von dem Prälaten Wawrzyniak-Mogilno einberufene Versammlung katholischer Geistlicher der Erzdiözese Gnesen-Posen wurde von diesem um 3 $\frac{1}{4}$ Uhr nachmittags im BazarSaale hierseibst eröffnet. Erschienen waren etwa 200 Geistliche. Der Einberufener erklärte, daß er die Einladungen zu der Versammlung in polnischer Sprache an sämtliche Geistliche der Erzdiözese geschickt habe, es sei jedoch selbstverständlich, daß wenn ein Konfrater sich hier der deutschen Sprache bedienen wollte, dem nichts entgegenstände, da jeder der Anwesenden der deutschen Sprache mächtig sei.

Hinsichtlich seiner Berechtigung zur Einberufung der Versammlung habe er zu bemerken, daß der hierzu von seiner Dekanatsgeistlichkeit den Auftrag erhalten habe. Um auch den gesetzlichen Vorschriften zu genügen, habe er die Versammlung bei der Ortspolizeibehörde angemeldet und hierüber eine Bescheinigung erhalten. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde auf Vorschlag des Geistlichen Poprawski-Lobzens der Prälat Wawrzyniak gewählt, welcher die Wahl mit Dank annahm und zum Schriftführer den Kanonikus Adamski-Posen ernannte.

Der Zweck der Versammlung — bemerkte der Vorsitzende — sei der: „die gesamte Geistlichkeit der Erzdiözese zwecks Wahrung der Interessen des eigenen Standes zu einer Organisation zu vereinigen und in geeigneter Weise deren finanzielle und wirtschaftliche Lage würdig zu vertreten.“

In erster Linie würde es sich darum handeln, alle Geistlichen der Erzdiözese in eine Lebensversicherungsgesellschaft aufnehmen zu lassen. Es bestehe zwar bereits in Süddeutschland eine derartige Gesellschaft unter dem Namen „Pax“, welche vielen Geistlichen der diesseitigen Erzdiözese ihre Satzungen und Aufnahmebedingungen zugesandt habe. Wiewohl die deutschen und polnischen Geistlichen alle katholische Priester seien, so sei es doch erklärlich, daß die hiesige Geistlichkeit sich näher stehe, als sie z. B. der der Rheinprovinz stehe; sie müsse daher auch hier, im Lande, für sich sorgen und einer hiesigen Gesellschaft beitreten. Wenn sich 25 oder mehr Geistliche für den Eintritt in eine solche Gesellschaft erklären sollten, so würde er, der Vorsitzende, schon dafür sorgen, daß z. B. die hiesige Lebensversicherungsgesellschaft „Pax“ den geistlichen Mitgliedern eine bedeutende Vergünstigung gewähre. Dies könnte vielleicht zu der Ansicht Veranlassung

geben, als wollte man hier Politik betreiben, das sei jedoch durchaus nicht der Fall, es seien hierbei lediglich wirtschaftliche, namentlich Billigkeitsrücksichten maßgebend, zumal es nicht die „Pax“, sondern irgendeine andere Gesellschaft, die noch günstigere Bedingungen stelle, sein könne, der man beitreten werde. Ferner empfehle es sich, die Diözesangeistlichkeit gegen Krankheiten, Unfälle und Feuerschäden zu versichern. Es seien zwar der St. Florian-Verein und der Emeritenfonds vorhanden, doch diese Anstalten genügten nicht, es müßte eine Organisation für alle bestehen.

Die in den polnischen Blättern tagtäglich sich wiederholenden Aufforderungen: „Swój do swego“, d. h. jeder solle bei seinem Landsmann kaufen, bezeichnete der Vorsitzende als unsinnig und begründete seine Ansicht in folgender Weise: „Wenn ich vernünftig etwas ein- oder verkaufe und dabei verdiene, so weiß ich, wer verdient hat: ich — ein Pole — habe verdient. Wie ich später den Verdienst verwende, das weiß ich ebenfalls am besten; wie ihn aber der „Swój“ d. i. der Landsmann anwenden wird, das weiß ich nicht. Er wird ihn vielleicht vertrinken und verprassen und obendrein noch sagen: „das habe ich an dem dummen Pfaffen verdient.“ Wegen dieser Ansicht sei er von der Presse und von verschiedenen Kreisen angegriffen worden, doch müsse er bei ihr bleiben. (Beifall.)

Durch die neue Organisation solle auf keinem Gebiete ein Wettbewerb entstehen, obwohl eine anständige, reelle Konkurrenz nur nützlich sein könne. So befinde sich z. B. die St. Adalbert-Druckerei und Buchhandlung in den Händen der Geistlichkeit, in ihrer unmittelbaren Nähe seien drei andere Buchhandlungen, und doch habe sich bis jetzt keine beschwert, daß sie durch die Konkurrenz geschädigt werde. Redner stellte nunmehr an die Versammelten die Frage, ob sie sich mit der Gründung eines derartigen neuen Vereins einverstanden erklärten? Die Frage wurde einstimmig bejaht.

Die Satzungen schon in der heutigen Versammlung zu beraten und festzulegen, sei — bemerkte Wawrzyniak — nicht opportun, dies müsse in einem engeren Kreise geschehen. **Er schlage deshalb vor, in allernächster Zeit in jedem Kreise eine Versammlung einzuberufen, die Kreisgeistlichkeit einzuladen, die Ortspolizeibehörde hiervon in Kenntnis zu setzen und die Satzungen, welche inzwischen jedem Geistlichen zugehen würden, zu besprechen und eventuelle Änderungen in Vorschlag zu bringen.** Ferner sei in der Kreisversammlung ein Delegierter für die demnächst in Posen stattfindende Delegiertenversammlung zu wählen.*) Diese wähle sodann einen Ausschuß, welchem die endgültige Festlegung der Vereinssatzungen obliegen werde. Da sich die Versammelten auch mit diesem Vorschlage einstimmig

*) Siehe auch Seite 828 dieser Nummer.

*) Diese Kreisversammlungen finden zur Zeit in der Provinz statt. (Red. d. Gef.-überbl.)

einverstanden erklärten, ersuchte der Vorsitzende, eine Person zu bestimmen, welche die einleitenden Schritte zur Gründung des Vereins unternähme.

Die Anwesenden wählten hierzu einstimmig den Prälaten Wawrzyniak. Dieser dankte für das ihm geschenkte Vertrauen und schloß mit dem Wunsche, daß die neue Organisation der Kirche zum Segen gereichen möge, um 5 Uhr die ruhig verlaufene Versammlung.

Portasiewicz,
Königl. Polizei-Inspektor.

B e r i c h t über den Verlauf der am 22. September 1907 in Potulitz bei Nakel abgehaltenen Ver- sammlung des Vereins Straz.

Posen, den 11. September 1907.

Die Versammlung, für deren Abhaltung Komteffe Potulicka das in ihrem Schlosspark gelegene Gewächshaus zur Verfügung gestellt hatte, wurde von dem Kammerdiener a. D. Kowalski um 3³/₄ Uhr mit dem katholischen Gruß eröffnet. Die Zahl der Anwesenden, die sich vornehmlich aus Arbeitern und Pächtern von Parzellen der zur Grafschaft Potulitz gehörenden Güter sowie aus dem Dienstpersonal des Gutes Potulitz zusammensetzte, mochte sich auf etwa 150 Personen belaufen haben. Kowalski, der, wie sich aus dem weiteren Verlauf der Versammlung ergab, Starost des Vereins Straz für den Kreis Bromberg ist, bestimmte zum Vorsitzenden und Leiter der Versammlung den Pächter Hildebrand-Gorfin, zu Beisitzern Kopezynski-Miedola und Olzewski-Gorfin. — Nach Verlesung der Tagesordnung ergriff Kowalski zu einer kurzen Ansprache das Wort, in der er betonte, er habe sich trotz seines vorgerückten Alters entschlossen, dieses Amt — gemeint ist das Starostenamt — zu übernehmen, um dadurch die nationale Sache zu fördern. Er hoffe, während seiner Amtierung sich des ihm geschenkten Vertrauens würdig zu erweisen, er bitte aber zugleich, ihn in seinen Bemühungen zu unterstützen. Die Polen forderten in ihren Bestrebungen nichts Unerlaubtes, sie wollten mit ihren deutschen Mitbürgern in brüderlicher Eintracht zusammenleben, es sei aber ihre Pflicht, gegen die Angriffe ihrer Gegner ihre heiligsten und teuersten Güter zu verteidigen. Diese Pflicht habe jeder, der sich als wahrer Pole fühle, und er könne ihr am besten dadurch nachkommen, daß er dem Verein Straz als Mitglied beitrete. Diesen Verein nach Kräften zu unterstützen, das sei seine herzliche und angelegentliche Bitte an die Anwesenden.

Als Hauptredner erhielt der Leiter des Bureaus des Vereins Straz **Dr. Jaworski** aus Posen das Wort. Kaiser Wilhelm habe — führte Redner aus — unlängst in Münster eine Rede gehalten, deren Hauptinhalt in Worte der Nächstenliebe ausgeklungen sei. Diesen Worten scheine die polnische Presse zu wenig Beachtung geschenkt zu haben, wenn man erwäge, daß sie eine Verurteilung der Hakatisten bedeuten, deren Lösung nicht die Nächstenliebe, sondern Haß und Ausrottung der Polen sei. Dieser Haß gegen das Polentum komme zum Ausdruck durch die deutsche Ansiedlung, durch das Verbot des Häuserbaus und durch alle scharfen Ausnahmegesetze, die immer wieder gegen die Polen gefordert würden. Erst unlängst habe sich der bekannte Hakatist Liebert zu dem Grundsatz bekannt: „Macht geht vor Recht“, und der Redakteur des „Posener Tageblatts“ Welcker gebe sich die erdenklichste Mühe, die Worte Lieberts zu erklären und ihrer Anwendung auf die Polen das Wort zu

reden. Das beweise, daß die Hakatisten des Kaisers Worte von der Nächstenliebe geringschätzten. Ob sich das mit ihrem Gewissen vereinbaren lasse, das sei ihre Sache. Die Polen stellten sich auf einen andern Standpunkt, sie erfüllten die ihnen durch die Verfassung des Königreichs Preußen auferlegten Pflichten von der Wiege bis zum Grabe, sie besuchten die preussische Schule, dienten beim Militär, zahlten dem preussischen Fiskus Steuern. In der Überzeugung, daß sie alle Pflichten gegen den Staat gewissenhaft erfüllten, hätten sie ein ruhiges Gewissen, und die Worte des Kaisers könnten auch nicht den Polen gegolten haben, sondern denjenigen, die sie nicht anerkannten, den Hakatisten. Die Polen hätten aber nicht allein die ihnen durch die preussische Verfassung auferlegten Pflichten, sondern auch nationale Pflichten zu erfüllen. Die Nation sei ein aus vielen sichtbaren und unsichtbaren Bestandteilen zusammengesetztes Ganzes. Ein sichtbarer Bestandteil der Nation sei zunächst die Sprache, die man von Kindheit an spreche, in ihr bete und mit Gott in Freud und Leid rede. Ein weiterer Bestandteil der Nation sei ihre Geschichte. Die polnische Nation erfreue sich bereits einer tausendjährigen Geschichte, deren Traditionen zu pflegen und zu lieben eine innere, nicht von Machthabern oder Behörden auferlegte Pflicht sei. Die Polen müßten darauf bedacht sein, daß ihre schöne polnische Sprache überall erklinge, wo polnisches Land sei und die polnische Nation wohne. Nicht schämen dürfe sich der Pole seiner Sprache, er müsse sich mit Stolz ihrer rühmen. Weshalb sollte er sich auch ihrer schämen? Hätten denn die Polen nicht berühmte Dichter, die in dieser schönen Sprache das polnische Lied verherrlichten? Da die polnische Sprache in der Schule nicht gelehrt werde, so liege den Polen um so mehr die Pflicht ob, sie zu pflegen, ihre Reinheit zu erhalten, sie von Haus zu Haus zu verbreiten, in ihr geschriebene Bücher zu lesen und zu verteilen, sich der Pflege des polnischen Liedes eifrig zu widmen, auch die in dieser Sprache geschriebene polnische Nationalgeschichte kennen zu lernen, sei Pflicht eines jeden Polen. Die Grundlage alles Daseins aber sei die wirtschaftliche Lage einer Nation. Wenn die Polen ein Bettlervolk wären, würde sie niemand beachten, denn ein Bettler wirke nichts Gutes. Daher müßten die Polen danach trachten, sich in wirtschaftlicher Beziehung auf der Höhe zu halten. Es sei ein Gebot Gottes, die Pflichten vom frühen Morgen bis zum späten Abend gewissenhaft zu erfüllen, um das Vermögen zu vermehren. Nur wer sich eine feste wirtschaftliche Grundlage geschaffen, fühle sich auf seiner Scholle sicher, könne seine Nationalität frei und offen zur Schau tragen. Wenn diese wirtschaftliche Vorbedingung vorhanden sei, werde auch der Pole den Mut haben, vor den Beamten und Behörden, auf den Bahnhöfen und in den Eisenbahnzügen als Pole aufzutreten. Wenn mehr Fälle von Mißhandlungen vorkommen sollten, wie sie in letzter Zeit an einem polnischen Passagier von Deutschen verübt worden seien, werde die Eisenbahnverwaltung gezwungen sein, besondere Wagenabteilungen für die Polen und für die Hakatisten einzuführen. Vielfach geschehe es auch, daß die Polen eine abergläubische Furcht vor den Behörden und Beamten besäßen. Der bloße Anblick einer Pickelhaube stöße manchem einen geradezu heiligen Respekt ein. Diese Furcht sei ganz unbegründet. Unterscheide sich doch z. B. ein Gendarm von einem gewöhnlichen Menschen nur dadurch, daß ihm eine glänzende Spitze auf den Kopf gesetzt worden sei. Im übrigen sei er ein Mensch, wie jeder andere, nur liege ihm im erhöhten Maße die Pflicht ob, die vom Kaiser gepredigte Nächstenliebe zu betätigen. — Mit der Hebung der wirtschaftlichen Lage sei aufs

engste verknüpft die Befolgung der Losung: Der Landsmann zum Landsmann. Sie sei eine heilige Pflicht jedes Polen, sie sei ein Gebot Gottes. Die Polen wollten durch die Betätigung nach dieser Richtung nicht diejenigen boykottieren, die aus der Ferne hierher gekommen seien, sondern sie wollten durch die Unterstützung ihrer eigenen Landsleute nur die Liebe zu ihnen befestigen. Daneben schulde der Pole * seiner Volksgesamtheit die Aufbringung von Fonds durch nationale Steuern für die nationalen Bedürfnisse des Volks. Dem Preußen und Deutschen genüge es, die Staatssteuern zu entrichten, darüber hinaus brauche er sich keine Sorgen zu machen in dem Bewußtsein, daß das übrige die Regierung für ihn tue. Die Polen als Bürger zweiter Klasse dagegen hätten neben den Staatspflichten die besondere Pflicht, Fonds aufzubringen zur Verbreitung von polnischen Bibeln, Bibeln und Katechismen, zur Unterstützung der polnischen Kandidaten bei den Landtags- und Reichstagswahlen, zur Förderung des polnischen Vereinswesens usw. Eine solche nationale Steuer erhebe auch der Verein Straz, der sich die Aufgabe gestellt habe, allen Polen ohne Unterschied des Standes eine kraftvolle Stütze zu sein. Sie seien als Polen geboren und wollten Polen bleiben ihr ganzes Leben hindurch. Polen sei einst ein mächtiger Baum gewesen, in dessen Schatten viele andere Völker Schutz gesucht und gefunden hätten. Gegenwärtig seien die Wurzeln dieses Baumes verstümmelt, seine Blätter zerzaust, aber trotzdem wachse der Stamm weiter. Diesem Baum sei das polnische Volk vergleichbar, dessen Aufgabe es sei, die in ihm noch vorhandenen Kräfte zu entwickeln und gegen die brutale Faust des Feindes zu beschützen, der erst vor kurzer Zeit wieder die völlige Ausrottung der polnischen Nation gefordert habe. Leider gebe es unter den eigenen Landsleuten noch Menschen, die das von den Vätern ererbte Land verzehachten, das Blut ihrer Eltern verkaufen. Jedes ehrlichen Polen Pflicht sei es, solchen Menschen ins Gesicht zu speien, sie auf Schritt und Tritt zu verachten. Um die Kräfte der Polen im Kampfe gegen die inneren und äußeren Feinde in einem Brennpunkte zu sammeln, sei der Verein Straz ins Leben gerufen worden, der sich das Ziel gesetzt habe, seine Mitglieder in geistiger und materieller Beziehung zu fördern und zu unterstützen.

Redner läßt sich des weiteren über die Entstehung, die bisherige Entwicklung und die innere Einrichtung der Organisation des Vereins Straz ausführlich aus. Ein näheres Eingehen auf diesen Teil der Rede erübrigt sich, da Redner nichts Neues vorbrachte, was nicht schon in anderen ähnlichen Versammlungen wiederholt besprochen wurde, über deren Verlauf im Gesamtüberblick der polnischen Tagesliteratur regelmäßig eingehend berichtet wird. Mit Bezug auf die polnische Geistlichkeit sprach Redner sein Bedauern darüber aus, daß sie von der Mitarbeit im Verein Straz ausgeschlossen sei. Zwar dürften die Geistlichen äußerlich dem Verein Straz als Mitglieder nicht angehören, aber im Herzen ständen sie ihm desto näher, ihrer moralischen Unterstützung werde er sich stets erfreuen. — Bei Besprechung der politischen Sektion des Vereins Straz wies Redner auf die Novelle zum Ansiedlungsgesetz hin, die den Polen die Gründung neuer Ansiedlungen und den Bau von Wohnhäusern verbiete. Diese schwierige Frage habe, nachdem der verstorbene Propst Kucharski die Anregung dazu gegeben, der bekannte Drzymala dadurch glänzend gelöst, daß er sich einen Zigeunerswagen als Wohnstätte eingerichtet habe. Diese Wohnstätte sei noch sehr primitiv, es bestehe aber die Hoffnung, daß bald eine Fabrik entstehen werde, die solche Wagen mit allem Komfort herstellen werde. Drzymala sei

heut ein berühmter Mann, in allen Zeitungen der Welt werde sein und seiner Wohnstätte Bild abgebildet und verbreitet. Einfach lächerlich gemacht habe sich dadurch das preußische System. — Es genüge nicht nur, an den Verein Straz die Mitgliedsbeiträge zu zahlen, sondern jedes seiner Mitglieder habe die Aufgabe, an dem Vereinsleben tätigen Anteil zu nehmen. Erst dann werde der Verein seinen Zweck erfüllen. Jetzt schlafe noch das polnische Volk einen tiefen Winterschlaf. Wie aber auf den Winter der Frühling folge, so sei zu erwarten, daß auch das polnische Volk, auf das gegenwärtig Schlag auf Schlag niedersaue, zu neuem Leben erwachen werde. Der Frühling müsse doch einmal Einzug halten, und dann solle er das polnische Volk in geistiger und materieller Hinsicht gesund antreffen. Um dies zu erleben, müsse Jeder Mitglied des Vereins Straz werden, nur derjenige unterlasse es, die Mitgliedschaft dieses Vereins zu erwerben, der ein öffentliches Amt bekleide. Zwar führe der Verein Straz gegen den Staat nichts Böses im Schilde, aber er sei ein politischer Verein, und darum dulde es die Regierung nicht, daß ihm ein Pole angehöre, der ein öffentliches oder Ehrenamt innehabe. Er, Redner, habe die Hoffnung, daß für das polnische Volk, wenn jedermann, auch der Saumselige, dem Verein Straz gewonnen sein werde, nach einem langen Winter ein sonniger und freundlicher Lenz anbrechen werde. (Hochrufe.)

* * *

Es folgte eine Pause, in welcher die Anmeldung von Kandidaten für die Mitgliedschaft des Vereins Straz entgegengenommen wurde. Die Zahl der sich meldenden Kandidaten mochte sich auf 50 belaufen haben. Die genaue Zahl ließ sich nicht feststellen.

Alsdann ergriff der praktische Arzt **Dr. Warminski** aus Bromberg das Wort. Wen das Schicksal — führte Redner aus — in fremde Gegenden hinaus treibe, wo er jahrelang den Klang der Muttersprache nicht vernehme, in welcher ihn die Mutter zu Gott beten gelehrt, der verstehe, wie stark die Bande seien, die ihn mit dem Heimatlande verbanden, was er dem Lande schuldig sei, das die Gebeine der Vorfahren berge und das mit dem Blut dieser tapferen Vaterlandsverteidiger getränkt sei. Mancher verlasse das Heim seiner Familie, um Glück zu suchen, aber ein zweites Vaterland werde er nicht finden. Wenn man einen Auswanderer fragen werde, was seine Gedanken am meisten beschäftige, so werde er antworten: die Sehnsucht nach dem Vaterlande, nach der Kirche im Heimatdorflein. In jedem polnischen Herzen schlafe dieses Sehnsuchtsgefühl, bei den Saumseligen und Blinden aber müsse es wachgerufen werden. Wer die polnische Sprache kenne, der bekenne den Glauben, und wer sie liebe, der liebe auch den Glauben, und er werde mannhaft auch die materiellen Güter verteidigen. In dem ehemaligen polnischen Reiche sei keine Aufklärung vorhanden gewesen, daran sei es untergegangen, daran franke Polen noch heute und könne sich nicht erheben. Erst wenn das polnische Volk nach dieser Richtung hin Fortschritte aufweisen werde, dürfte es besser werden. Ein großer Teil des polnischen Volkes habe bereits verstehen gelernt, was es der Vergangenheit schulde und was es in der Zukunft zu erhoffen habe, wenn es jetzt eifrig ans Werk gehe. Wenn Alle tüchtige Arbeit leisten wollten, dann werde sich doch Gott ihrer endlich einmal erbarmen, wenigstens aber die Kinder würden bessere Zeiten erleben. Wie sehe nun diese Bürgerarbeit aus, und wie solle sie aussehen? Auf Grund der Wiener Traktate gehörten die Polen dem Staate Preußen als Untertanen an, und es stehe ihnen das Recht zu, von den Rechten und Pflichten der preussischen Verfassung

Gebrauch zu machen. — Mit dem Säbel und mit dem knorrigen Stock sei das polnische Volk trotz dieser Verfassung stets behandelt worden, und wieviel Schläge niedergesaut seien, das wisse jeder, denn er habe es an eigenem Leibe erfahren. Auf die vielen Unbilden, die Kreuzwege, die das arme auf drei Kreuzen ausgepreizte polnische Volk erduldet habe und erdulde, wolle er hier nicht näher eingehen. Die Erwähnung des letzten Anschlags auf die Schule genüge, um zu zeigen, wie man mit Gewalt und Übermacht die polnische Sprache verdränge, wie man alles bedrücke, was die Liebe zur Muttersprache ausdrücke, zur Muttersprache derjenigen, deren Vorfahren in selbstloser Weise Europa von der Tataren- und Türkengefahr befreit. Der polnischen Vergangenheit, der polnischen Könige und Helden (Wojciech Chrobry, Sobieski), die den deutschen Kaisern zur Hilfe geeilt seien und für das Christentum eine Vormauer gebildet hätten, werde in der preussischen Schule mit keinem Worte Erwähnung getan. Von der preussischen Schule könne man alles erwarten, nur nicht das, daß die polnischen Kinder zu Menschen, die ihre Vorfahren liebten, zu rechten Katholiken erzogen würden. Denn wenn die polnischen Kinder die Grundsätze der Religion nur mechanisch herplapperten, so sei dies reine Gotteslästerung und Götzendienerei. Was nun die preussische Schule nicht gebe, das müßten die Eltern durch häuslichen Unterricht ihrer Kinder ergänzen. In der Aufklärung und Heranbildung des jungen Geschlechts liege die unerschöpfliche Kraft einer Nation, nicht in den Kanonen und eisernen Waffen, die verrosteten. Je mehr sich der polnische Gedanke entwickeln werde, je mehr polnische Verstandesköpfe es geben werde, desto leichter werde die Verteidigung der heiligsten Schätze und der nationalen Gefühle des Polentums vonstattengehen. — In allerneuester Zeit würden schon wieder neue Anschläge geplant, die unmittelbar auf das Herz des polnischen Volkes gerichtet seien. Habe denn das polnische Volk noch nicht genug Martyrien in letzter Zeit erduldet? Den Bau von Wohnhäusern habe man ihm bereits verboten, und jetzt wolle man ihm noch das letzte, das dem polnischen Herzen heiligste, den Rest des polnischen Grundbesitzes entreißen. Das Enteignungsgesetz, das des Polen Grundbesitz und Haus fordern werde, sei ein zum Himmel um Rache schreiendes Gesetz. Man werde kommen, Haus und Hof abschätzen, um dich und deinen Nachbarn hinauszwerfen. Rote Häuschen würden in dem Dörflein empornwachsen, das mit blutigen Tränen des polnischen Volkes erbaut worden sei, das treue Völkchen, das so demütig von Gott Mitleid und Erbarmen ersehe, werde vertrieben und in der Welt zerstreut werden. Die Glocke werde nicht mehr zum Englischen Gruß rufen, das Türmlein der Kirche werde einstürzen und die Kirche selbst zerfallen. Warum stehe denn aber gerade den Polen eine so traurige Zukunft bevor, etwa deswegen, weil die Sonne polnisch sei, die über dem Lande leuchte, weil hier das Vöglein polnisch singe, weil die Bäumlein polnisch rauschten, weil hier polnische Könige geherrscht, weil man hier zur allerheiligsten Jungfrau polnisch bete? — Sie lebten als Polen und wollten leben. Sie lebten und glaubten, daß das Volk auferstehen werde. — Der Kaiser habe in Gnesen gesagt, Deutschland sei Freiheit und Kultur. Wie sehe doch diese preussische Freiheit und Kultur aus? Sie ließe sich durch drei Bilder illustrieren, die nach Berlin geschickt werden könnten. Diese drei Bilder wären: 1. Der preussische Lehrer, der das polnische Kind dafür schlage, daß es in einer unverständlichen Sprache nicht beten wolle; 2. der obereschlesische Bauer, der den Gendarm und sich selbst töte, weil er kein Haus bauen dürfe;

3. der berühmte Wagen des Drzymala. So sehe die preussische Kultur aus. Man verdächtige die Polen, daß sie einen Aufstand inszenieren wollten, und mit diesem Schreckgespenst suche man die Deutschen gegen die Polen aufzuwiegen! Sei das nicht geradezu lächerlich? Sollten sich die Polen mit Mistgabeln auf die Millionen von Kanonen und Waffen stürzen? Nein, nur mit geistigen Waffen wollten sie um ihre heiligsten Güter, die Sprache und den Glauben, die sie aus der Mutter Brust gesogen, um die mit dem Blute der Väter getränkte Erde kämpfen. Dazu hätten sie ein Recht, das ihnen von den preussischen Königen verliehen worden sei. Die Eltern müßten ihre Kinder polnisch schreiben und lesen lehren. Wenn dem Herzen des Kindes die Liebe zur Muttersprache eingeflüßt werde, dann werde es stolz auf seine polnischen Eltern sein. In jedem polnischen Hause müsse ein polnisches Blatt gelesen werden, um daraus zu erfahren, was in der Welt vorgehe und wie man arbeiten solle. Desgleichen sei die eifrige Benutzung der polnischen Volksbibliotheken aufs wärmste zu empfehlen. Alle Standesunterschiede unter den Polen mögen verschwinden, alle sollten sich die Hand reichen, denn nur Einigkeit mache stark. Als Vorbild möge allen ein Mann aus Posen dienen, dem es freigestanden habe, die Hand des mächtigsten Kaisers oder die schwarze Hand des Bauern zu wählen. Dieser Mann, Josef v. Kościelski, habe die rauhe Bauernhand gewählt, er habe den Verein Straz gegründet, in dem sich alle Polen ohne Unterschied des Standes zusammenfänden. Er, Redner, bitte die Anwesenden, die in der Versammlung ausgestreuten Lehren zu beherzigen und weiterzubreiten, was am besten dadurch geschehen könne, daß sie die Lösung des Vereins Straz zu der ihrigen machen wollten. (Hochrufe.)

Unter Punkt „Freie Aussprache“ der Tagesordnung meldete sich Wirt **Andreas Rubera** aus Slesin zum Wort. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß man sich hier versammelt habe, um die Bestrebungen des Vereins Straz kennen zu lernen. Manche unter den Anwesenden glaubten, daß der Verein Straz mit dem kirchlichen Verein Straz św. Józefa (St. Josef-Wacht) identisch sei. Das sei ein Irrtum, der Verein Straz sei ein politischer Verein, der die Verteidigung nicht nur kirchlicher, sondern auch weltlicher Angelegenheiten auf seine Fahne geschrieben. Er, Redner, habe während seiner Schulzeit den „Preussischen Kinderfreund“ gelesen, in dem der deutsche Held Hermann als ein Mann verherrlicht worden sei, der in römischen Kriegsdiensten gestanden habe, aber ein reines deutsches Herz in seine Heimat zurückgebracht habe. Er habe die Germanen zum Kampfe gegen Rom aufgefordert und mit ihrer Hilfe das römische Joch abgeschüttelt. Auch die Polen hätten das Recht, die Reinheit ihrer Sitten und Gebräuche zu bewahren. Leider gingen viele Polen in der Fremde dem Glauben und der Rationalität des polnischen Volkes verloren, woran auch der Staat keine Freude erlebe, denn diese Leute gingen gewöhnlich in das sozialdemokratische Lager über. Die Polen seien gute preussische Untertanen, sie erfüllten ihre Staatspflichten, aber sie wollten dabei Polen bleiben. Vor allem müßten sie an ihrem Grundbesitz festhalten. Er, Redner, habe um das Erbe seiner Väter bis in Berlin Prozesse führen müssen. Er besitze 10 Morgen Land, das er zu vergrößern bemüht sei. Wer sich der von den Vätern ererbten Scholle leichtsinnig entledigt, sei kein rechter Pole. Leider könne man heutzutage in dieser Beziehung nicht einmal seinen nächsten Verwandten trauen. Jeder Pole müsse bestrebt sein, seinen Grundbesitz nicht nur zu erhalten, sondern auch zu vermehren. Wer sein

Land verkaufe, versündige sich an der nationalen Sache. Kein Stück Land dürfe in fremde Hände übergehen, das habe er hier betonen wollen. (Bravorufe.)

Andreas Schwedt = **Bromberg** beklagte sich darüber, daß die Haktisten die Polen in Ost- und Westpreußen bedrückten, indem sie das falsche Gerücht verbreiteten, daß die Polen im Posenschen das Polenreich erneuern wollten. Diese Lüge verbreiteten sie nur deshalb, weil sie die Ostmarkenzulagen bezögen. Ein Pommer habe ihm gesagt, er müsse so über die Polen jammern, denn er erhalte die Ostmarkenzulage, in Wirklichkeit aber lebe es sich unter den Polen sehr gut.

Schloßkaplan **Stanowski** bemerkte, er dürfe nicht sprechen, weil es den Geistlichen verboten sei, sich an der Tätigkeit des Vereins Straz aktiv zu beteiligen, aber im Herzen dem Verein anzugehören könne ihm niemand verbieten, wie sich der Delegierte des Vereins Straz aus Posen geäußert habe. Er wolle nur den Propst aus Eleſin entschuldigen, der verhindert sei, in der Versammlung zu erscheinen. Da ferner die Versammlung mit einer Andacht in der Schloßkapelle eingeleitet worden sei, und da er die Wahrnehmung gemacht habe, daß der Starost die Versammlung schon zu schließen beabsichtige, fordere er die Anwesenden auf, die Verhandlungen nicht mit einem weltlichen Hochrufe, sondern mit dem Kirchenliede „Wszystkie nasze dzienne sprawy“ (Alle unsere täglichen Angelegenheiten) zu beschließen.

Nachdem dies geschehen, wurde die Versammlung um 5 1/2 Uhr geschlossen.

Den Sicherheitsdienst versah Gendarmerie-Wachmeister Welke.

M a l u c h e,

Kgl. Polizeisekretär.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 209/210 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 12./13. September 1907:

Der Verbandstag der polnischen Erwerbsgenossenschaften für Posen und Westpreußen.

(Fortsetzung.)

Pfarrer **Dr. v. Strzyblewski** aus Punitz stellt fest, daß wir finanziell gewachsen seien, und die im heutigen Verbandstage vernommenen Ausführungen entsprächen völlig den Ausführungen der großen Bankiers auf dem großen Bankiertage in Hamburg, betreffend die allgemeine finanzielle Lage. Auch wir bedürften des Bargeselbes wie die Reichsbank. Die kleinen Genossenschaften sollten sich um möglichst viele Depositen bemühen, auf diese Weise würden die Einkünfte der Zentralbank steigen. Redner fordert die Presse auf, bei dieser Aktion behilflich zu sein und rät, Flugchriften loszulassen, worin zum Einzahlen kleiner Ersparnisse aufgefordert wird. Noch ruhe Geld in Millionen in Töpfen und Strümpfen. Redner rät, besser prosperierende Genossenschaften sollten verpflichtet sein, allmonatlich an die Verbandsbank Bericht zu erstatten. Diese stärkeren Genossenschaften sollten auch in wichtigeren finanziellen Fragen besondere Informationen aus der Bank erhalten.

Dr. Karasiewicz = **Duchel**: Den Genossenschaften handle es sich nicht um hohe Zinsen, sondern darum, daß sie aus der Bank kein Geld erhalten könnten. Hinter den Genossenschaften ständen Tausende von Mitgliedern, welche Geld verlangten, und zwar nur im Falle tatsächlichen Bedürfnisses. Und in Posen müßten sie von Bank zu Bank gehen, um bei dringendem Bedarf Geld

zu erbetteln. Die Genossenschaften hätten Vertrauen zur Bank und sendeten Geld, die Bank solle also gleichfalls nicht ruhig zusehen, wie Leute aus der Provinz zur Zwangsversteigerung gebracht würden.

Pfarrer **Niedbal-Dubin** führt Fälle aus seiner Praxis an, wo er für dringende Bedürfnisse für Leute Geld aus der Verbandsbank nicht habe erhalten können, obgleich die Dubiner Genossenschaft in der Bank 100 000 M. gegen halbjährige Kündigung habe. Dagegen sei einem Privatmann Kredit gewährt worden.

Direktor **Niepnikowski** verspricht private Aufklärung der Sache.

Dr. Alinowski = **Jarotschin** rät, die Verbandsbank solle für vorherige Berechnung des Kreditbedarfs für jede Gegend sorgen.

Herr **Dr. Niepnikowski** antwortet, das sei schwer.

Pfarrer **Dr. v. Strzyblewski** fragt, ob die Verbandsbank in der gegenwärtigen schweren Finanzlage seitens anderer Posener Genossenschaftsbanken Unterstützung erfahren habe. Redner weist darauf hin, daß in Deutschland in derartigen Fällen ebenso gehandelt werde. Alle sollten Schulter an Schulter stehen, dann werde der gemeinsame Organismus sich stärken.

Prälat **Wawrzyniak** betont, daß zwischen den Posener Banken und der Verbandsbank die beste Harmonie insoweit bestehe, daß andere Banken Darlehen von der Verbandsbank nicht gefordert hätten.

Propst **Wroblewski** = **Niedamowo** (Wpr.) ist dagegen, daß seitens der Verbandsbank Darlehen auf große Güter gewährt würden.

Direktor **Niepnikowski** antwortet, die Verbandsbank habe in dem Falle, den der Vorredner im Sinne habe (Zajonskowo), ein neues Darlehen nicht gewährt, sondern nur eine Cession übernommen. Das Vorkaufsrecht könne sich die Bank nicht hypothekarisch eintragen lassen, da sie sich dadurch einer gräßlichen Gefahr aussetzen würde.

Herr Richter **Chmielewski** rät, periodisch und systematisch Rundschreiben an die Genossenschaften zu erlassen, welche letztere über den allgemeinen finanziellen Stand informierten. Ferner fragt er, ob die Mitteilung wahr sei, daß die Bank ein Millionengeschäft im Königreich (Posen) eingegangen sei.

Dr. Niepnikowski antwortet, jenes Geschäft habe man in der Tat gemacht, aber mit Einwilligung des Aufsichtsrats schon früher. Das Geld bringe 7 1/2 Prozent. Außerdem handele es sich nicht um 2 sondern um 1 Million. Das sei, wohlgemerkt, damals geschehen, als das Geld billiger gewesen sei, und das Geld werde zurückgezahlt werden.

Herr **Dr. Szymanski** weist auf die Konkurrenz hin, welche zwischen der Kreditgewährung der Bank an die Genossenschaften und an das private Publikum bestehe. Die Genossenschaften lieferten der Bank zwei Drittel des Kapitals. Wenn die Bank Geschäfte von der Art der von dem Richter Chmielewski erwähnten wachen werde, dann könne sie kein Geld für die Genossenschaften haben. Weiter bemerkt Redner, daß der Kurator die Genossenschaften mit Recht davor warne, von der Bank Darlehen zu sehr niedrigen Zinsen zu verlangen. Das sei unmöglich, und damit sollten die Genossenschaften sich abfinden. Die Verbandsbank müsse sich bei der Festsetzung der Zinsen nach dem Zinsfuß der Reichsbank richten.

Pfarrer **Mathoszczek** aus Bartschin fordert die Presse auf, für den Grundsatz des Sparens Propaganda zu machen und die Aufmerksamkeit auf das Ansehen unserer Finanzinstitute zu richten, damit die Leute dort und nicht wo anders ihre Kapitalien unterbringen.

Malinowski = **Schrimm** verteidigt in längeren Ausführungen die Taktik und das Verfahren der Direktion der Verbandsbank.

Geistlicher Rat **Mojszkiwicz-Priement**: Die Genossenschaften hätten das Rundschreiben des Kuratoriums in Sachen des Kredits nicht sehr sympathisch aufgenommen. Redner gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die Genossenschaften der Verbandbank würden einen höheren Zins für Darlehen zahlen müssen, und er läßt sich über Erleichterung bei der Bezahlung von Wechseln aus. Jeder Verbandstag sollte aus dem Schoße der Genossenschaften die Zahl der Kandidaten bezeichnen, welche in den Aufsichtsrat der Verbandbank eintreten sollen. Das Statut sehe zwar die Beteiligung von Vertretern der Genossenschaften im Aufsichtsrat der Bank vor, in der Praxis hätten jedoch die Genossenschaften keine Gelegenheit, sich zwecks Delegieren entsprechender Personen zu verständigen.

Es folgte das Referat des Domherrn **Adamski** über die Einrichtung praktischer Kurse für Mitglieder der Vorstände und Aufsichtsräte von Genossenschaften. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen.

Der folgende Punkt der Beratungen war **„Verbandsrevisionen und Defraudationen in den Genossenschaften.“** Da Referent aber in der Bank zu tun hatte, schritt man zum Punkt 10: **„Empfiehl es sich, in den Genossenschaften ungedeckten Kredit zu gewähren und inwieweit?“** Einer Genossenschaft gezieme es sich nicht, die Praktiken der privaten Banken zu befolgen. Angesehene deutsche Banken hätten durch das Eingehen solcher Geschäfte viel verloren. In der Kommission war einstimmig eine Resolution angenommen worden, auf Grund deren Kredit nur auf Wechsel oder Wertpapiere, sogenanntes Kontokorrent gewährt werden darf. Empfohlen würde den Kreditgenossenschaften einzig die Gewährung von Darlehen auf Wechsel.

Kurator **Wawrzyniak** begründet die Resolution. Die Unterschrift bloß eines wohlhabenden Mitgliedes reiche hin. Schwer sei es, reichen Leuten, besonders Großgrundbesitzern klar zu machen, daß sie, wenn sie seitens einer Bank ein Darlehen gewährt haben wollten, für einen Bürgen sorgen müßten, aber es könne nicht anders sein. Ein für allemal müsse an dem Grundsatz festgehalten werden, daß wir Darlehen nur auf Wechsel, und zwar auf einen von jedem Interessenten verbürgten Wechsel gewähren. Das Statut sage zwar schon, daß der Wechsel verbürgt sein müsse, — aber oft änderten die Genossenschaften das Statut. Dem müsse vorgebeugt werden. In den Kolniks habe sich noch nicht einführen lassen, daß für Ware bar bezahlt werde. Die Volksgesamtheit sei noch nicht so weit gereift. Man müsse ihr sagen: „Nehmt Bargeld aus der Bank und zahlt im Kolnik. Leider müssen unsere Kolniks daher noch bis zu einer gewissen Quote den sogenannten ungedeckten Kredit kennen, d. h. ohne Wechsel auf Wort. Die Kolniks gewöhnten unsere Leute an Anleihen ohne Wechsel und Bürgschaft. Der Kolnik sei etwas anderes als die Kreditgenossenschaft. In diesem Sinne empfiehlt Redner die Annahme der Resolution.“

Herr Hoffmann aus Schroda fragt, ob man die Anteile der Bürgen zur Deckung der von ihnen unterschriebenen, nicht eingelösten Wechsel benutzen dürfe. Der Kurator antwortet, einem der Genossenschaft angehörenden Mitgliede könne man seinen Anteil nicht nehmen. Die Genossenschaft habe jedoch das erste Anrecht an den Anteil, sogar ohne jeglichen gerichtlichen Arrest.

Die weitere Diskussion betrifft das Einziehen von Geld von Schuldnern und Bürgen für nicht bezahlte Wechsel. Es beteiligen sich daran einige Delegierte, denen der Kurator die entsprechenden Aufklärungen gibt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Von der gleichzeitigen Zugehörigkeit zu den Vorständen und Aufsichtsräten einiger Genossenschaften

sollte Pfarrer Bolt sprechen. Da er abwesend war, sprach der Direktor Wienckowski über das Thema: „Wem soll man nicht leihen und ist jemand bei der Festsetzung des Zinsfußes zu berücksichtigen?“ Es folgte dann das vorerwähnte Referat des Pfarrers Bolt.

Bezüglich des Punktes 9 der Tagesordnung **„Verbandsrevisionen und Defraudationen in den Genossenschaften“** nimmt das Wort der stellvertretende Kurator Dr. Rzepnikowski, und er erklärt, die Ursache dessen, daß diese Sache auf die Tagesordnung gestellt worden sei, sei der bekannte Vorgang in Lubiewo in Westpreußen gewesen. Viele deutsche Genossenschaften hätten sich durch hazardähnliche Unternehmungen ruiniert, darum sei die Revision der Genossenschaften gesetzlich vorgeschrieben worden. Zwei Meinungen seien aufeinander gestossen. Diejenigen, welche eine genauere Revision wünschten, seien bei denen auf Widerstand gestoßen, welche Selbsthilfe für das Wirksamste an sahen. Die letzteren hätten staatliche Revisionen angeraten. Die Genossenschaften des Systems Schulze-Dehnbach hätten gegen die genaueren Revisionen durch Staatsbeamte opponiert. Darum sei das Gesetz beschlossen worden mit Weisungen, wie die Revisionen zu veranstalten seien. Der Reichskanzler habe einschlägige gesetzliche Vorschriften erlassen sollen; aber es war das eine sehr schwierige Sache und bisher seien nähere Vorschriften nicht ergangen. Man könne sich daher bei Revisionen nur von allgemeinen Weisungen leiten lassen. Es seien sogenannte Revisionsverbände zustande gekommen, welche die Satzungen der Genossenschaften bearbeiteten und solche dem Ministerium einreichten. In die Revisionsatzungen seien 21 Punkte aufgenommen worden, welche für alle polnischen und deutschen Genossenschaften bestätigt worden seien. Alle zwei Jahre sei der Revisor die Genossenschaften zu revidieren verpflichtet; doch habe er sich in Einzelheiten nicht einzulassen, da in diesem Falle der Aufsichtsrat seine Funktionen nicht ausüben würde, und gerade dieser sei doch das einzige wirksamste Revisionsorgan. Die Verbandsrevisionen würden angefaßt, und sie könnten event. Defraudationen nicht aufdecken. Die genauen Revisionen seien der Genossenschaft und ihrem Aufsichtsrat zu überlassen.

Speziell die verbandsseitig in Lubiewo vom Redner im Mai 1905 ausgeführte Revision habe dargelegt, daß außer den Kassenbüchern die Bücher nicht abgeschlossen waren. Es fehlte jede Inventur und die Kontrollen, die gleichzeitig Inventur sind. Der Revisor habe dem Aufsichtsrat erklärt, er könne nichts sagen, da es absolut kein Material zur Kontrolle gebe und die Bilanz auf Grund des Kassenbuches falsch sein werde. Im Revisionsprotokoll wurde dies ausdrücklich vermerkt und die Genossenschaft angewiesen, Inventur und Kontrollen anzulegen. Der Kassierer habe dies Protokoll nicht mitgeteilt und es wurde nichts korrigiert. Auf die ausdrücklichen vielen an das Kuratorium gerichteten Wünsche namentlich bei beginnenden Genossenschaften, die keine Erfahrung haben, seien Gehilfen entsandt worden, welche Ordnung einführten. Revisionen infolge Mangels an Vertrauen zum Vorstände seien bisher nie gefordert worden. Auch der Aufsichtsrat in Lubiewo habe sich mit einer derartigen Forderung nicht an den Verband gemeldet. Es sei erst eingeschritten worden auf die ausdrückliche Warnung einer angesehenen Person hin, die ihren Namen unterzeichnet hatte. Es sei ein Revisor gesandt worden mit dem Auftrage, eine gründliche Revision von des Kuratoriums Seite her vorzunehmen, und diese Revision habe eine ganze Reihe Unterschleife nachgewiesen. Die Schuld trage hauptsächlich der Lubiewoer Aufsichtsrat. Wir müßten uns mithin sagen, daß die bisherige Art und Weise der Genossenschaftsrevisionen unzureichend sei und über eine Besserung des jetzigen Systems nachsinnen. In der Kommission

seien alle Fingerzeige, welche Abhilfemittel nahelegten, angehört worden. Es sei empfohlen worden, einen Kuratoriumsständigen Revisor zu beschäftigen, welcher die Genossenschaften im Auftrage des Kuratoriums zu revidieren hätte. Es sei die Frage aufgetaucht, ob man notorisch musterhaft geführten Genossenschaften von oben her einen Revisor zuwenden solle, ohne die geringste Ursache und zwar auf Kosten der Genossenschaft. Letztere könnte mit Recht dagegen auftreten. Man habe daher geraten, eine Art Personalakten der Vorstände und Aufsichtsräte zu führen, worin die Qualifikationen der an der Spitze der Genossenschaften stehenden Personen enthalten seien, und demgemäß Revisionen zu veranstalten. Ferner habe man empfohlen, Monita einzuführen zwecks Beseitigung der wahrgenommenen Mängel; aber das wäre ein Mittel, welches die ganze Sanierungsaktion verzögern würde. Andere endlich hätten eine Superrevision auf Kosten der Genossenschaft oder die Einteilung der Genossenschaften, welche Revisionen zu unterwerfen wären, in Bezirke empfohlen. Die Sache endete damit, daß das Kuratorium Sachrevisoren einsetzte. Die Praxis wird zeigen, wieviel ihrer nötig sein werden und ob die Genossenschaften territorial einzuteilen sind. Die Exekutive wird dem Kuratorium belassen.

Die von der Kommission von Dr. Karasiewicz niedergezeichnete Resolution lautet:

„Der Verbandstag beschließt, daß in Genossenschaften, in denen der Aufsichtsrat nicht entsprechend kontrolliert, genaue längere Revisionen durch Sachrevisoren stattfinden sollen, und zwar auf Kosten der Genossenschaft. Die Genossenschaften, welche sich solchen Revisionen widersetzen, sind, sobald ein Appell des Kuratoriums an die Generalversammlung wirkungslos bleibt, aus dem Verbande auszuschließen.“

Diese Resolution war jedoch in der Kommission zurückgezogen worden nach der Erklärung des Kurators, er werde alles daransetzen, daß die Kontrolle der Genossenschaften aufs strengste geschehe. Auch der Antrag der Tucheler Genossenschaft, jede Genossenschaft solle 300 Mk. zur Sanierung der Lubiewoer Bank opfern, wurde zurückgezogen.

Prälat **Wawrzyniak** vervollständigt die Ausführungen des Vorredners und erstattet Bericht über die von ihm und vom stellv. Kurator in der Lubiewoer Bank vorgenommenen Revisionen. Redner verliest die Kopie des Revisionsprotokolls d. J. 1905, worin die Ausführungen des Dr. Rzepnikowski bestätigt werden, ebenso einen eigenen Brief, worin der Aufsichtsrat in Lubiewo gemahnt wird, die während der Verbandsrevision aufgedeckten Mängel zu beseitigen. Die Genossenschaft habe darauf gar nicht geantwortet. In den letzten 2 Jahren seien keine Anzeigen eingegangen; erst Propst Szczybrowski habe die erste Warnung eingekandt. Am 8. Febr. habe Dr. Karasiewicz-Tuchel die zweite Warnung geschrieben. Andere Briefe habe niemand eingekandt. Schuld sei, daß das Kuratorium auf den an die Genossenschaft gerichteten Brief eine ausreichende Antwort nicht erhalten habe; aber wenn man in Lubiewo selbst davon nichts gewußt habe, so habe man auch weder in Mogilno noch in Posen davon wissen können. Man spreche von 120 000 Mk. Unterschleifen. Was die Zukunft betreffe, so gelte es, solchen Sachen in den Genossenschaften vorzubeugen. Die Interessenten würden nichts verlieren; aber das sei ein schlechter Trost, da solche Sachen nicht vorkommen sollten. Redner drückt dem dortigen Geistlichen, der in die bankrotte Genossenschaft eingetreten ist und mit seinem ganzen Vermögen für ihr weiteres Gedeihen bürgt, herzliche Anerkennung aus. Es ist das Propst Dr. Włoszczynski. Die Versammelten spenden lauten Beifall.

Weiterhin schildert Korreferent speziell, **auf welche Weise die Revisionen in den Raiffeisengenoossenschaften sich vollzögen; diese Revisionen ließen sich gewissermaßen wie eine Parodie an. Bei uns sei das unmöglich.** Die Revisionen seien durch Reglement klar vorgeschrieben, und die Satzungen reichten zu einer guten Regelung der Sache völlig hin. Es handle sich nur um die Ausführung der Satzungen.

Die üble Erfahrung werde bestimmt für die Genossenschaften lehrreich sein. Eine ungehorjame Genossenschaft könnte der Verbandstag ausschließen; aber diese Exekution wäre schrecklich, da formale Mängel noch nicht die Krankheit der Genossenschaft zu beweisen brauchten. Eine Genossenschaft aus dem Verbande ausschließen, das bedeute, sie völlig totschlagen. Man müsse zwischen Unredlichkeit und Unfähigkeit unterscheiden. Genossenschaften, welche keine Inventuren machten, gebe es nicht viele, und vorwiegend sei Mangel an Leuten daran schuld. Bei genauer Ausführung der gegenwärtig vorgeschriebenen Kontrolle würden Fälle wie der Lubiewoer sich nicht wiederholen. Gebrannte Kinder scheuten das Feuer.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nr. 218 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 22. September 1907:

Zum Erzbischof Stablewski Fonds zur beständigen Förderung des muttersprachlichen Unterrichts für die polnische Jugend

sind zu meinen Händen die nachstehenden Spenden eingegangen:

Dziennik Poznański 599,99 Mk., Kurjer Poznański 580 Mk., Redaktion der Nowiny Raciborskie 13,50 Mk., Sodalityum der Kaufmännischen Jugend durch Pfarrer v. Drwenski 151,10 Mk., Pfarrer E. Niedbalski von sich und seinen Parochianen aus Amerika 209,16 Mk., J. Filipowski-Amerika 251 Mk., Przewodnik Katolicki 38,45 Mk., Cécilie Matuszewicz im Namen der Schülerinnen der Herz-Jesuanstalt in Lemberg 50 Mk., Redaktion des Robotnik 22,50 Mk., der Gazeta Grudzioudzka 113,50 Mk., des Postemp 82,50 Mk., Parochianen aus Rosko zusammen mit ihrem Propst und zwar: Paul Goroncy 0,25 Mk., Josef Kuta 0,50 Mk., Lorenz Perski 0,55 Mk., Johann Mumot 0,50 Mk., Franz Mumot 1 Mk., Vittoria Sagielska 0,50 Mk., Franz Rufue 1 Mk., Lorenz Trenske 1 Mk., Vol. Dombrowski 1 Mk., Peter Mela 0,50 Mk., Raf. Gozdz 0,75 Mk., Stephan Chwarscianek 0,50 Mk., Martin Szydor 0,50 Mk., Lorenz Perski 1 Mk., Franz Mondrowski 1 Mk., Stan. Sotek 1 Mk., Josefa Wyżomirska 3 Mk., Epychalska 1 Mk., Mar. Wasko 0,25 Mk., Felix Helat 1 Mk., Viktor Kwozny 1 Mk., Rosalie Luz 0,50 Mk., Mar. Helat 0,50 Mk., Lorenz Wika 1 Mk., Geistlicher Alexius Epychalski 10 Mk., **Nationalbund in Amerika** 1050 Mk., Gazeta Polska in Kosten 2,95 Mk., Dziennik Kujawski 66,80 Mk. und 13,50 Mk., Celichowski-Milwaukee, gesammelt bei der Feier des 3. Mai von Bürgern 247,50 Mk. Zusammen sind bei mir eingegangen 6116,36 Mk. Um weitere gütige Spenden für den so erhabenen Zweck bitte ich heiß im Namen des Komitees.

Pfarrer B. Roscielski,
Schatzmeister.

Aus Nr. 213 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 17. September 1907:

In der Delegiertenversammlung des Gaus Posen des Verbandes der polnischen Industrievereine

am 15. September wurde beschlossen, in diesem Jahre eine Gausausstellung unter Beteiligung Posen und der nächsten Umgegend zu veranstalten. Die Ausstellung soll lediglich **Erzeugnisse polnischer Handwerker bieten**, um unter dem polnischen Publikum das Vertrauen zu den polnischen Handwerkern zu wecken. Auch Leistungen von Gesellen und Lehrlingen werden ausgestellt werden. Schon in diesem Monat sollen die in Betracht kommenden Industrievereine Fragebogen erhalten, damit der Vorstand sich bis zum 1. November d. J. über die Willensmeinung der Vereine informieren und mit den Vorarbeiten beginnen kann.

Aus Nr. 212 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 15. September 1907:

In Sachen der abzuhaltenden Protest-Versammlungen gegen das Enteignungsgesetz wird dem Dziennik Kujawski geschrieben:

Der geehrten Redaktion bin ich für die Bekanntgabe meines Briefes in den Spalten unseres Kujawiak, in welchem ich meine bäuerliche Ansicht über den ganzen Enteignungs-Standal aussprechen durfte, sehr erkenntlich. Nachdem ich nunmehr meine Ansicht ausgesprochen habe, würde ich mich nicht mehr zum Worte melden, wenn mich nicht besondere Umstände dazu zwingen würden.

Der erste dieser Umstände ist das Zugrundegehen von Modliżewko und der zweite der Artikel in der Nr. 35 der Praca unter dem Titel „über die Versammlungsaktion.“

In diesem Artikel lese ich, daß die gegen die Versammlungs-Aktion auftretenden Blätter deshalb auf ihrem Standpunkte beharren, weil sie diese Aktion für zwecklos halten. Ich frage nun: Haben denn bei uns überhaupt Versammlungen, die wir abgehalten haben, den Zweck, den wir verfolgten, erreicht? Ich glaube niemals. Trotzdem wurden weitere Versammlungen abgehalten, obwohl der Dziennik Kujawski, die Praca und auch wir alle sehr gut wissen, daß wir von der preußischen Regierung nichts Gutes zu erwarten haben.

Es ist doch aber noch nicht so schlimm, daß wir nicht von Zeit zu Zeit unsere Proteststimmen gegen die brutalen Gelüste unserer Gönner erheben sollten, und meine bäuerliche Ansicht ist die, daß wir nicht genug Versammlungen abhalten können.

Ihr, meine Herren von der Praca, sagt euch: Wir schreiben ja in den Zeitungen und klären das Volk über alles auf, es wird daher auch ohne Volksversammlungen gehen. Es ist aber nicht so. Unter dem Volke befinden sich noch Tausende, die gar keine Zeitungen lesen und von nichts wissen. Wenn nun solch eine Versammlung, wie z. B. in Hohenfalsa stattgefunden hat, veranstaltet wird, dann erscheinen auf dieser zwei bis dreitausend, darunter aber gegen tausend unaufgeklärte und unwissende Arbeiter, welche nach den heißen Worten der Freunde und der Belehrung von ihren älteren und verständigeren Brüdern das Verlangen haben.

Ihr wißt gar nicht, wie es ist, wenn solch ein Arbeiter, welcher von einer derartigen Volksversammlung kommt und den anderen, die nicht zugegen waren, erzählt, und wie er ihnen die Sache auseinanderlegt,

und nunmehr in seinem Dörfchen auch eine Versammlung veranstaltet.

Weiter schreibt die Praca, daß die Versammlungen einen nachteiligen Einfluß ausüben und daß die Ksatisien sagen werden, wir fürchteten uns vor dieser Ungeheuerlichkeit, denn es könnte das der letzte Schlag sein, der uns versetzt ist. Meiner Ansicht nach stimmt auch das nicht mit der Wahrheit überein, denn die Ksatisien wissen schon heute, daß dieses die letzte Anstrengung ihrer Verfolgungspolitik ist, und wenn ihnen die nicht gelingt, sie die größte Schande erwartet, allenfalls sie erleben noch das Recht der ägyptischen Pharaonen mit den Israeliten, nämlich das Ertränken der kleinen polnischen Knaben. Ebenso schreibt die Praca, daß unsere polnische Schlachta sich schon heute über die ihr drohende Gefahr Rechenschaft gäbe. Davon kann man sich über das jüngst verkaufte Modliżewko überzeugen.

Es wird nicht lange währen, dann werden wir wohl noch mehr von solchen Modliżewkos, von solchen Sulerzyetis und solchen Niesiolowskis und ihnen ähnlichen hören. Eine gehörige Vorstellung über unsere Lage hatte sich Herr Niesiolowski gemacht. Dieselbe Ansicht teilen noch verschiedene andere Vertreter unserer Schlachta.

Dieser Herr Niesiolowski hat gewiß den Brief des kujawischen Arbeiters nicht gelesen, denn er gehorchte ja dieser Stimme nicht, er hätte sonst ein Weilchen gewartet, dann wäre er ein Märtyrer des Volkes und kein Verräter geworden. Um ein Jahr handelt es sich ja nicht, es ist gleich, ob der Mensch ein Jahr älter ist oder nicht. Es ist jedoch zu sehen, daß sich die Herren aus dem Räte eines Bauern nichts machen.

Ich und mein Mitarbeiter in Kujawien verlangen nach den Versammlungen, verlangen nach Aufklärung und nach nationaler Aufklärung durch die Versammlungen. Die Herren aus Posen hätten zu der Versammlung nach Hohenfalsa herfahren und sich die Reden des polnischen Arbeiters, Herrn Burzynski, anhören sollen, dann hätten sie sich überzeugt, ob uns die Volksversammlungen notwendig sind oder nicht. Dort mußte der Arbeiter die Arbeiter belehren, und daß er sich seiner Aufgabe mit Geschick entledigte, dafür sei ihm Ehre zuteil.

J. L.,
kujawischer Arbeiter.

Aus Nr. 218 des Lech (Gnesen)
vom 24. September 1907:

Wieder ein Opfer des preussischen Schulsystems.

In Pyzjeyn erhängte sich am Sonnabend nachmittag die Schülerin Viktoria Staniszevska, die, trotz dem sie am 19. Dezember 1906 das 14. Lebensjahr vollendete, aus der Schule nicht entlassen wurde. Der Lehrer soll ihr Furcht eingejagt haben mit dem Schulinspektor, er soll ihr gedroht haben, daß sie selbst bis zum 20. Jahre würde die Schule besuchen müssen, er soll sie streng behandelt haben. Das Mädchen nahm sich dies so zu Herzen, daß es wohl in geistiger Umnachtung seinem Leben ein Ziel setzte. Alle, die es kannten, stellen ihm das allerbeste Zeugnis aus.

Wir bringen die nackte Tatsache; was wir dabei fühlen, das werden sich die Leser selbst vorstellen.

Aus Nr. 212 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 17. September 1907:

Die Schützengilde in Kriewen beschloß ihre Satzungen dahin abzuändern, daß von nun an auch außerhalb der Stadt wohnende Personen als Mitglieder aufgenommen werden können und legte diese ihre Satzungen zur Bestätigung dem Oberpräsidenten vor. Der Oberpräsident will sich aber nur unter der Bedingung mit der Änderung der Satzungen einverstanden erklären, daß die polnischen Mitglieder der Gilde, die der „Straz“ oder einem Sokolverein angehören, aus diesen Vereinen austreten.

So weit also reicht heute schon die hafatistische Verbissenheit, daß man die Polen, welche Mitglieder polnischer Vereine sind, für unwürdig erachtet, Schützengilden anzugehören.

Wir hoffen, daß die Polen in Kriewen auf diese sonderbare Annahme des Oberpräsidenten eine entsprechende Antwort finden werden.

Aus Nr. 216 des Lech (Gnesen)
vom 21. September 1907:

Achtung, Landsleute in Lefno!

Wie man uns von glaubwürdiger Seite mitteilt, steht ein gewisser polnischer Bäckermeister mit der Ansiedelungskommission in Verhandlungen und ist willens, sein Haus mit etlichen Morgen Acker zu verkaufen. Seinem Beispiele folgend, sollen noch einige andere Bürger die Absicht haben, ihr väterliches Erbe zum Vortheil unserer Feinde loszuschlagen. Scham und Schande, daß sich immer noch Leute finden, die bereit sind, für Judasgroschen unsere Muttererde zu veräußern.

Wir machen unsere Parzellierungsbanken auf die Absichten jener Lefno'er Bürger aufmerksam. Vielleicht ließen sich diese Besitzungen noch retten und an bessere Polen verkaufen.

Aus Nr. 221 des Dziennik Kujawski (Hohenjasza)
vom 26. September 1907:

Ein polnischer Arzt

könnte sich in Mrottschen niederlassen, er würde daselbst sein gutes Auskommen finden. In der Umgegend gibt es viele polnische Besitzungen, viele polnische Bauern und eine zahlreiche Geistlichkeit. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist für die Niederlassung eines polnischen Arztes um so günstiger, als der deutsche Arzt, der eine umfangreiche Praxis hatte, nach einer großen Stadt verzogen ist. Mit näheren Informationen dient die Bürgererschaft.

Aus Nr. 215 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 19. September 1907:

Der Szarapow'sche Pflug.

Der Vorstand einer bekannten Aktiengesellschaft erhielt von Herrn S. Szarapow aus Moskau nachstehenden Brief:

„Da unsere Verabredung wegen der Ausnützung meines deutschen Patents durch Ihre Gesellschaft nicht zustande gekommen ist, bitte ich sehr, meine bei Ihnen verbliebenen 3 Pflüge in nachstehender Weise zu versenden:

Die zwei kleineren Pflüge K und Z mit allen zu ihnen gehörenden Teilen schenke ich dem Wirt Drzymala, dem Helden des politischen Dramas „Drzymala-

wagen“. Möge der russische Pflug in Bruderhänden polnischen Boden pflügen. Herrn Drzymala bitte ich die Pflüge in meinem — S. Szarapow's — Namen einzuhändigen ohne irgendwelche Unkosten auf seiner Seite. Diese nehme ich auf mich.“

— Wir bemerken, daß Herr Drzymala die Pflüge jederzeit in der Cegielski'schen Fabrik in Empfang nehmen kann. Solange dies nicht geschehen ist, kann man sie sich bestimmt dort ansehen. Der dritte Pflug ist nach Hochheim bei Stuttgart zu senden. Nächstens werden wir die Zeichnung des Szarapow'schen Pfluges bringen.

Aus Nr. 38 der „Pokraka“ (Posen)
vom 22. September 1907:

Posen.

Heut, Mittwoch, den 11., um 12 Uhr besuchte Frau C., Besitzerin eines Hauses auf der Grünen Straße, das jüdische Geschäft des Herrn Kornicker am Alten Markt, um Tuch zu kaufen. Sie ist Vorsitzende des Dienstbotenvereins unter der Hut der Mutter Gottes vom Rosenkranz. Ich habe auf diese Dame gut aufgepaßt. Sie passierte die Breslauerstraße neben dem Laden des Herrn Brzeski, doch ging sie daran vorüber und trat beim Juden ein in der Meinung, es werde sie in der Mittagsstunde niemand sehen. Und; in der Tat war sie in dem jüdischen Geschäft allein, aber da die Tür offen stand, konnte jeder Passant diese musterhafte Dame bei dem Jgig sehen. Was werden die armen Dienstboten dazu sagen, die eine solche Vorsitzende haben?

Graetz.

Der hiesige Schneidergeselle Herr W. geht am Abend zu „Hasen“ auf frische Wurst. Ist diese schmackhafter als beim Polen?

Herr Josef Kochanowski kaufte nach Knoblauch stinkende Ringe beim Juden.

Lubasz.

Herr v. Maczynski, der Besitzer des Guts Stajkowo, verkauft Mastvieh sowie Getreide überwiegend nur an Juden, die angeblich einen höheren Preis zahlen, als die polnischen Kaufleute. Auch das ist gut! Dafür kann der gnädige Herr einen Tag länger im Posener Bazar zu Gaste sein und sich am Champagner laben.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 114 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 21. September 1907:

Warum war für das Preussentum die Monarchenzusammenkunft in Swinemünde mit Rücksicht auf das Königreich Polen und uns Polen im preussischen Anteil erforderlich?

Wie ihr, liebe Brüder, aus der Broschüre des Preußen Karl Zentich ersehen habt, strebt das Preussentum, wenn heute zwar noch im geheimen, danach, langsam aber stetig das russische Reich zu zertrümmern. Wie einstens der Kurfürst Friedrich Wilhelm schon von der Zertrümmung Polens geträumt hat, welcher hollischen Plan erst Friedrich II. durchgeführt hat,

so wird es auch das heutige Preußentum kaum fertig bekommen, Rußland zu zertrümmern; aber es bereitet sich in jedem Falle für die soweit möglich nächste Zukunft vor.

Vor allen Dingen kommt es dem Preußentum darauf an, den Meeresstrand, die baltischen Provinzen an sich zu reißen. Und die dortigen Landsleute, die dort schon seit Jahrhunderten wohnen, warten mit Sehnsucht darauf. Nicht weniger geht es dem Preußentum auch um die Anschreißung des Königreichs Polen, denn ohne das Königreich Polen könnte es die baltischen Provinzen nicht an sich reißen.

Das Königreich Polen kann das Preußentum nicht eher an sich reißen, bis es die jetzt in seinem Besitz befindlichen polnischen Landesteile verdaut, bis es uns, liebe Brüder, vernichtet hat. Denn wenn das Preußentum, wie bekannt, auch einen guten Magen hat, so könnte es sich, wenn es so viele Polen auf einmal verschlingen würde, den guten Magen doch ordentlich verderben. Und das umso mehr, als die Polen ein abscheuliches unverdauliches Geschlecht sind. Wir schon, die wir im preußischen Anteil nur gegen 4 Millionen zählen, sind dem Preußentum ein Knochen im Schlunde, und was würde erst sein, wenn das Preußentum noch weitere 10 Millionen Polen verschlingen wollte, die im Königreich Polen wohnen. Das Preußentum muß daher seinem Anlauf zur Verschlingung des Königreichs Polen Einhalt gebieten. Über unsere Leichen wird es erst zur Besitzergreifung des Königreichs Polen übergehen können.

Das wird auch gewiß noch nicht so schnell eintreten, denn wir wollen noch nicht recht sterben. Nicht wahr, Volksgenossen?

Einstweilen möchte aber das Preußentum die Polen im Königreich Polen so viel wie möglich zu Grunde richten und das Deutschtum dort stärken. Zu diesem Zwecke bemühen sich vor allen Dingen die polenfreßerischen Preußen durch bezahlte Agitatoren, die sie nach dem Königreich schicken, zusammen mit den Sozialdemokraten im Lande dauernde Unruhen hervorzurufen, unvernünftige Streiks usw., denn aus diesem Grunde arbeiten die Fabriken und andere Unternehmer nicht, die Arbeiter leiden Hunger, und die polnischen Fabrikanten haben keine Einnahmen. Eine immer größere Armut verbreitet sich im Königreich Polen, während das polnische Geld nach dem Auslande geht, denn die deutschen Fabriken betreiben die Einfuhr ihrer Erzeugnisse während dieser Streiks nach dem Königreich mit Eifer. Zu diesem Zwecke sind jene Streiks und Unruhen durch bezahlte preußische Agitatoren zum Teil hervorgerufen.

Das Preußentum bemüht sich auch mit allen Mitteln, die Kraft der Polen im eigenen Lande zu schwächen, und zu diesem Zwecke wiegelt es die Juden im Königreich gegen das polnische Volk auf. Dank diesem Umstande beginnt die Frechheit der Juden in der Bekämpfung des Polentums zugunsten des Deutschtums alle Grenzen zu übersteigen. Gleichzeitig bemüht sich das Preußentum, soviel seiner Leute wie möglich im Königreich Polen unterzubringen, wie z. B. als Fabrikmeister, Ingenieure usw. usw. Und durch die deutschen Schulen, welche die russische Regierung zu gründen erlaubt hat, bemüht sich das Preußentum das Deutschtum und den deutschen Geist zu stärken. Durch verschiedene Vereine bemüht sich das Preußentum wiederum, den Haß gegen die Polen oder geradezu den polenfreßerischen Geist zu stärken. Solche Frechheiten erlaubt sich das Preußentum in einem fremden Lande, unter den Augen des verkäuflichen russischen Tschinowniktums*). Das geschieht deshalb, damit das

Preußentum einstens, wenn es das Königreich Polen wird an sich reißen wollen, wird sagen können, daß das doch ur-urdeutsches Land sei.

Nach einem gewissen allgemein bekannten Ausspruch ist doch überall dort deutsches Land, wo auch nur ein Deutscher wohnt! Weshalb sollte denn also das Königreich Polen nicht einstens urdeutsches Land werden, da dort doch so viele Deutsche wohnen!

Aber das Preußentum bemüht sich noch in einer andern Weise, das Anschreißn des Königreichs Polen vorzubereiten. Das Preußentum unterhält im Königreich eine große Schar von Spionen, die einerseits die Polen bespionieren und sie unrechtmäßig bei der russischen Regierung denunzieren, und andererseits zugunsten des Preußentums spionieren. Deshalb kennt auch das Preußentum die Festungen im Königreich Polen, es kennt das Land, es kennt die Wege im Lande besser als die Russen. Die preußischen Landkarten sind sogar viel genauer als die russischen. Denn auf den preußischen Karten sind z. B. nur diejenigen Wege vermerkt, die in Wirklichkeit vorhanden sind, und nicht diejenigen, die gebaut werden sollten, aber nicht gebaut worden sind, weil das diebische russische Tschinowniktum das Geld gestohlen, aber auf den amtlichen Karten die Wege doch vermerkt hat.

In dieser Weise bereitet das Preußentum die Besitzergreifung des Königreichs Polen vor.

Wir wollen natürlich nicht sagen, daß das alles im Auftrage der preußischen Regierung geschieht! Ach wo! Wie könnte sich die preußische Regierung der „freundschaftlichen“ russischen Regierung gegenüber so etwas erlauben? Aber das geschieht alles auf Veranlassung der Alldeutschen und preußischen Polenfreßer. Und die preußischen Polenfreßer sind große Freunde des Fürsten Bülow, sie sind doch die Stützen der preußischen Regierung. Die preußische Regierung wird dagegen offenbar sehr gern aus der Arbeit dieser „Pioniere des Deutschtums“ im Königreich Nutzen ziehen. Sie dagegen ziehen Nutzen aus der Freundschaft, die die preußische Regierung mit der russischen Regierung aufrecht zu erhalten sich bemüht, denn ohne diese Freundschaft wäre ihre Arbeit im Königreich unmöglich. So wäscht also, wie man zu sagen pflegt, eine Hand die andere, oder ein Bein stützt das andere.

Eine solche Wirtschaft des Preußentums im Königreich Polen, ein derartiges Wühlen in einem fremden Lande ist nur bei den gegenwärtigen dortigen Verhältnissen möglich, bei der Bedrückung, die sich das verkäufliche russische Tschinowniktum den Polen gegenüber zu Schulden kommen läßt, und bei der Ungerechtigkeit, von der sich jetzt die russische Regierung den Polen gegenüber leiten läßt.

Das Preußentum könnte nicht so dreist im ganzen Königreich Polen herum schnüffeln, wenn z. B. das Königreich eine Autonomie oder Selbstverwaltung hätte. Oder auch dann nicht, wenn die russische Regierung den Polen nur gewissenhafte Gerechtigkeit widerfahren ließe.

In solchem Falle würden im Königreich die Polen regieren, polnische Beamte würden in Tätigkeit sein, die allerdings um das Wohl ihres Vaterlandes, also auch um das Wohl des ganzen russischen Reiches, besorgt sein würden. Und diese polnischen Beamten würden es niemals gestatten, daß das Preußentum so im Königreich wirtschaftet zum Schaden des Landes und des ganzen Reiches, wie es jetzt unter den Augen des verkäuflichen russischen Tschinowniktums geschieht.

Die Polen würden natürlich die Deutschen nicht bedrücken, denn das haben sie sogar niemals getan als Polen noch frei war, aber sie würden es ihnen nicht gestatten, zum Schaden des Landes zu arbeiten.

*) Beamtentums. — Die Red. d. Gef.-Ab.

Das weiß das Preußentum sehr gut, und deshalb hat es auch seinerzeit, als sich die russische Duma mit der Angelegenheit der Autonomie für das Königreich Polen befaßt sollte, alle Kräfte angestrengt, um die russische Regierung der Angelegenheit der Autonomie so abgeneigt wie möglich zu machen, was ihm auch gelungen ist. Die Hoffnung, eine Autonomie zu bekommen, wurde dank der preußischen Intrigen zerstört.

Aber die Furcht vor der Autonomie des Königreichs Polen hat das Preußentum trotzdem wie ein Alp gedrückt! Und wenn nun die russische Regierung trotz alledem dem Königreich die Autonomie verleiht? Dem Fürsten Bülow ging es also durchaus um die Monarchenzusammenkunft in Swinemünde, um sich bei dieser Gelegenheit für alle Zeiten zu vergewissern, daß das Königreich die Autonomie nicht bekommt.

Aber Fürst Bülow brauchte auch vor allen Dingen neue Verfolgungen für unsere Landsleute im Königreich Polen, und diese hat er von der russischen Regierung offenbar auch erhandelt:

Fürst Bülow ist nämlich gewahr geworden, daß sich die russische Regierung durch die gerechtere Behandlung der Polen in den letzten drei Jahren größere Sympathie bei allen anderen slawischen Völkern erwirbt, und auch alle Polen begannen, mit einer gewissen Hoffnung nach dem Osten zu blicken.

Fürst Bülow machte auch die Wahrnehmung, daß sobald Rußland unsere Brüder gerecht behandelt, sobald es ihnen besser geht, dies auch auf uns Polen im preußischen Anteil einen belebenden Einfluß ausübt, und wir dann gewissermaßen stärker und widerstandsfähiger würden. Fürst Bülow brauchte deshalb die Zusammenkunft in Swinemünde, um neue Verfolgungen für unsere Brüder zu erhandeln; denn er nahm an, daß er dadurch auch uns trifft und in unseren Herzen Zweifel und Verzweiflung erwecken wird.

Fürst Bülow benötigte dieser Zusammenkunft in Swinemünde auch mit Rücksicht auf das neue anti-polnische Gesetz, das von den preußischen Polenfreßern gefordert wird, und das der ihnen dienstbereite Fürst Bülow dem preußischen Landtage vorlegen will: ein Gesetz zur Enteignung der polnischen Großgrundbesitzer.

Sollte denn etwa die preußische Regierung die russische Regierung um Erlaubnis gefragt haben, wird dieser oder jener von euch, liebe Brüder, fragen?

Selbstverständlich nicht! Aber Fürst Bülow benötigte neuer Verfolgungen für unsere Brüder im Königreich, damit angesichts dieser Verfolgungen die Verfolgung der Polen im preußischen Anteil der zivilisierten Welt nicht so sehr auffällt. Fürst Bülow will uns zusehen, aber vorher wollte er sich vergewissern, daß die russische Regierung ihren Polen nicht neue Zugeständnisse macht, sondern sie vielmehr, dem Räte des preußischen Freundes folgend, von neuem bedrücken und verfolgen wird.

Also aus diesen und ähnlichen Gründen war die Monarchenzusammenkunft in Swinemünde für das Preußentum erforderlich. Im Königreich Polen haben den Wünschen des Preußentums gemäß die Verfolgungen schon wieder begonnen, denn das russische Tscharnismum ist den preußischen Wünschen sehr entgegenkommend. Wir können daher erwarten, daß auch die preußische Regierung dem Landtage ein Projekt zu einem Enteignungsgesetz hinsichtlich der Polen vorlegen wird. Wenn aber Fürst Bülow annimmt, daß uns ein solches Gesetz erschrecken oder unseren Geist brechen wird, dann irrt er sich gewaltig.

Die polnische Nation wird auch diesem Gesetz die Stirn zu bieten verstehen, die polnische Nation wird auch aus diesem neuen Kampfe siegreich hervorgehen.

Warum es aber den preußischen Polenfreßern so sehr um das Enteignungsgesetz geht, darüber werden wir in einem anderen Artikel schreiben.

Aus Nr. 115 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 24. September 1907:

Ein unerhörtes Urteil

ist, wie uns telegraphisch mitgeteilt worden ist, am Freitag in Stargard gefällt worden.

Wegen Besprechung des Schulstreiks und Verlesung des Ausrufs der Geistlichen des Dekanats Löbau ist der Propst Dłzowski aus Dłz zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis bestraft worden; er wurde sofort verhaftet.

Der Staatsanwalt hat sogar nur 8 Monate beantragt, während das Gericht auf 10 Monate mehr erkannt hat.

Der Organist Czaplewski ist zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden.

Es passieren in der Jetztzeit im preußischen Staate Sachen, die ein gewöhnlicher Sterblicher nicht versteht, und zu diesen Sachen gehört auch das Urteil des Stargarder Gerichts.

Dieses schreckliche Urteil wird das ganze polnische Volk bis aufs tiefste rühren und gewiß in der ganzen Welt einen ungeheuren Eindruck machen, denn es ist gewiß eine unerhörte Sache.

Aber dieses Urteil wird, möge es das Stargarder Gericht wissen, die polnische Gesamtheit nicht entsetzen und ihren Geist nicht brechen, nein, aber es wird dazu beitragen, daß sich der Haß des polnischen Volkes gegen das Deutschtum tiefer einwurzeln wird, als der schrecklichste Abgrund, und als die heftigste und gefährlichste Flamme der feuerpeinenden Berge.

Es wird soweit kommen, daß das polnische Volk den deutschen Namen mit einem Fluch auf den Lippen aussprechen wird.

Aber angesichts des Stargarder Urteils wird sich das polnische Volk schwingen, um so auszudauern und um so eifriger die heilige katholische Religion und die geliebte polnische Sprache zu verteidigen!

Und der Name des Priester-Märtyrers wird sich für immer mit feurigen Lettern in das Gedächtnis des polnischen Volkes einschreiben.

Aus Nr. 112 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 17. September 1907:

Im Anschluß an die Mitteilung, daß auf dem deutschen Tage in Bromberg davon gesprochen worden wäre, daß die Gazeta Grudziadzka 60 000 Abonnenten habe, schreibt die Gazeta Grudziadzka, daß sie ungefähr 80 000 Abonnenten habe, und führt u. a. aus:

Mögen diese **polenfreßerischen Ungeheuer** vor Ärger plagen! Zeige, polnisches Volk, daß deine Gazeta Grudziadzka nicht nur 60 000, nicht nur 80 000, aber den preußischen Polenfreßern zum Trotz sogar **100 000** Abonnenten haben kann.

Möge also die Lösung:

„100 000 Abonnenten für die Gazeta Grudziadzka“ eure Antwort sein auf den frechen Angriff der preußischen Polenfreßer in Bromberg!

Aus Nr. 113 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 19. September 1907:

Reda, den 16. September.

In unserer Parochie beginnt schon die Agitation für eine Vermehrung der deutschen Predigten in der Kirche. Wie hier verlautet, bemühen sich manche Parochianen selbst darum. Sind wir denn wirklich in unserer rein polnischen Parochie so tief gefallen, daß wir die Sprache unserer Väter nicht mehr achten? Länger denn 50 Jahre lebe ich in unserer Parochie, und ich kenne, außer den paar Beamten, fast niemanden, der nicht unsere Muttersprache, d. h. polnisch spräche. Parochianen, achten wir uns selbst und germanisieren wir uns nicht selbst. Ihr Eltern, lehret euren Kindern polnisch und schicket sie zum polnischen Religionsunterricht, damit es euch nicht gehe, wie gewissen Eltern. Zu Hause sprechen sie polnisch, während sie ihre Kinder zum deutschen Vorbereitungsunterricht schicken. Das Kind versteht nicht deutsch und muß bei Beginn jeder Unterrichtsstunde vor allen anderen Kindern die deutschen Sätze längere Zeit hindurch wiederholen. Durch ein derartig unvernünftiges Vorgehen erschweren wir nicht nur unserem ehrwürdigen Herrn Propst die Arbeit, sondern wir fügen auch der Seele des Kindes Schaden zu, denn es versteht trotz der fortwährenden Wiederholungen nicht dieses deutsche „Vater unser“.

Aus Nr. 109 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)
vom 14. September 1907:

Schönsee.

Das dem Herrn Lengowski gehörige, 1500 Morgen große Dzierzo soll in großer Gefahr sein. Herr Lengowski und verschiedene Landsleute bemühen sich angestrengt um einen polnischen Käufer, doch wissen wir bisher nicht, mit welchem Erfolg. Die Parzellierungsbanken und andere Landsleute müssen auf dieses Gut aufmerksam gemacht werden, damit später nicht darüber geklagt wird, daß ein polnischer Käufer nicht zu haben war.

Aus Nr. 219 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 24. September 1907:

Die Angelegenheit des Mazur.

Nach meiner Rückkehr aus Preussisch-Masuren habe ich mich noch nicht von den deprimierenden Eindrücken erholen können, welche dort in gewissen Kreisen der schändliche Fall des Mazur hervorgerufen hat, und wieder stoße ich auf eine neue Fortsetzung des gedankenlosen Geschreibels, d. i. auf den im Kurjer Poznański veröffentlichten Brief des gewesenen Redakteurs des Mazur, des Herrn Zielinski.

Viel haben unsere Blätter über den Fall des Mazur geschrieben, und zwar sehr mit Recht; denn diese Sache betrifft nicht nur Masuren, sondern sie wirft gleichzeitig ein sehr trauriges Licht auf unsere Posener Verhältnisse; sie zeigt nämlich klar, wie unvorsichtig mit dem öffentlichen Gelde umgegangen wird, das manchmal mit großer Aufopferung hergegeben wird.

Ein derartiges Auftreten des Herrn Zielinski in der Absicht, sich reinzuwaschen, ist, wie wir uns sogleich aus seinen eigenen Worten überzeugen, nur einem Übermaß an Mut und einem völligen Mangel an Erfahrung zuzuschreiben. Man muß ihm gleichwohl zugeben, daß er höher stand, als seine Leiter, denn er rechnet mit der öffentlichen Meinung und sucht sich zu entschuldigen, während die tatsächliche Verwaltung des

Mazur Schweigen bzw. Geringschätzung der öffentlichen Meinung als die beste Verteidigung ansieht. Nur sehr naiven Leuten gegenüber könnte sie sich mit irgendwelchen Rücksichten auf die Notwendigkeit decken, die Sache zu verschweigen; denn was geheim war, davon haben Polizei und Staatsanwaltschaft eher erfahren, als die Verwaltung des Mazur. Gleichwohl muß man bedenken, daß man denen, welche das Geld aufgebracht haben, Rechnungslegung schuldig ist, sei es auch nur aus dem Grunde, damit sich die Überzeugung nicht verallgemeinere, daß auch in unseren anderen Instituten, wo die der Leitung des Mazur angehörigen Personen Einfluß haben, ebenso gedankenlos mit dem Gelde umgeworfen werde.

Herr Zielinski behauptet in dem erwähnten Briefe, „nationalbewußte Masuren“ existierten nicht, er habe also den Mazur farblos und vorsichtig redigieren müssen; doch schon einige Zeilen weiter strast er selbst diese Behauptung Lügen, denn er schreibt: „Wackere Masuren wollten je 600—1000 Mark zur Gründung einer Bank hergeben.“ — weiter schreibt er, „daß erst ein von heißerem Geiste befeelter masurischer Bauer selbst begonnen habe, vom Schulstreif zu schreiben.“ Welche contradictio in adjecto: einmal sind nationalbewußte Masuren da, ein zweites Mal fehlen solche, ganz wie es Herrn Zielinski zu seiner Beweisführung betreffs der masurischen Verhältnisse paßt. Der redaktionelle Schwung eines „heißblütigen“ masurischen Bauern soll auch veranlaßt haben, daß Herr Zielinski nach Krakau abreiste. Weiter behauptet Herr Zielinski in seinem Briefe, er habe vorsichtig geschrieben und gehandelt; doch als so „Vorsichtiger“ hat er strupellos alle Briefe, alle erhaltenen Fingerzeige, die Rechnungen und sogar eine solche Korrespondenz aufgehoben, die ein Vorsichtiger gleich nach dem Durchlesen vernichtet, und alles das ist komplett in die Hände der Polizei und Staatsanwaltschaft gefallen. Die Folgen dieser Vorsicht zeigten sich sofort; denn einen der patriotischsten Masuren, Herrn Pinkowski aus der Osteroder Gegend, hat man an Stelle des davongelaufenen Redakteurs und tatsächlichen Schuldigen ins Gefängnis gesetzt und ihm noch dazu zur Deckung der Gerichtskosten die einzige Ziege, die er besaß, und ein Schwein verkauft. Wie wir sehen, besitzt Herr Zielinski nicht die Erfahrung und Vorsicht des erbärmlichsten Redakteurs, und er brandmarkt mutig verschiedene der dortigen polnischen Beamten dafür, daß sie für seine Tätigkeit Sympathie nicht gezeigt haben.

Wer die jetzigen Verhältnisse in Masuren kennt, wie sie sich unter dem Einfluß des verstorbenen Karas und des Herrn Zielinski herausgebildet haben, deren beider Arbeit identifiziert wurde, der wird sich über vernünftige Leute nicht wundern, wenn sie solche Macher meiden, deren Tätigkeit unter den Rädern der Lokomotive*) oder mit der Flucht ins Ausland endet.

Vortrefflich, doch nicht minder geradezu amüsant, ist die Fertigkeit des Herrn Zielinski, Mittel anzugeben, mittelst deren man die Masuren in gute Polen verwandeln könnte. Diese Mittel sind 1. eine Bank, 2. die Herbeischaffung und Ansiedelung von Masurgrundbesitzern, 3. die Verschickung junger Masuren zum Lernen in rein polnische Landesteile zwecks Schaffung eines Kaufmannsstandes und von Intelligenz. Alles das ist sehr hübsch, nur hat Herr Zielinski vergessen, die Quelle nachzuweisen, aus welcher man die für diesen Zweck erforderlichen Milliarden beziehen könnte.

Möge jetzt jeder Vorurteilslose sagen, ob die Leiter des Mazur, indem sie einen solchen Phantasten nach Masuren sandten, mit dem biedereren masurischen Volke

*) Karas beging Selbstmord dadurch, daß er sich von einem Zuge überfahren ließ.

nicht geradezu Spott getrieben haben? Herr Zielinski versichert, er kenne Masuren, er habe die masurische Literatur durchstudiert. Angesichts dessen nennt er den früheren Redakteur der Gazeta Ludowa, Herrn Bahrke traurigen Angedenkens einen „geborenen Masuren“ und stellt diesen als Obergutachter für masurische An- gelegenheiten hin. Wenn Herr Zielinski auch nur ein wenig das kennen würde, was früher in Masuren passiert ist, woher Herr Bahrke kam und welches seine Tätigkeit war, so hätte er solche Sachen nicht geschrieben. Dafür ist es Tatsache, daß Herr Zielinski erst einige Wochen vor den Wahlen mit dem masurischen Wahlkomitee Bekanntschaft geschlossen hat. Alle Vorarbeiten, welche er beim Betreten Masurens hätte ausführen müssen, begann er schwankend, ohne die alten Kämpen um Rat zu fragen; erst zehn und einige Tage vor der Wahl hat er es getan. Bei einer derartigen Behandlung der Sache erklärt sich der ungeheure Rückgang der Stimmen von 6000 auf 200. Keineswegs kann man den unaufge- klärten Masuren die Schuld geben; denn während früherer Wahlen hat man sich deutscherseits bemüht, den polnischen Kandidaten im ungünstigsten Lichte hinzustellen, wie das im Posenischen noch nie geschehen ist. Die Masuren wußten früher sehr wohl, daß sie einen polnischen Katholiken wählten; denn jedem Wähler besonders haben dies mehrermale gesagt der Landrat selbst oder der Bürgermeister, der Amtsvorsteher und andere einflußreiche Leute.

Ich erinnere hier nur an jene berüchtigte Wahl- versammlung der Beamten der Kreise Sensburg- Ortelsburg in Ortelsburg, an welcher alle Beamten vom Oberpräsidenten bis zu den Lehrern teilgenommen und gegen die polnische Kandidatur protestiert haben.

Mehr wie zutreffend war die Würdigung der Arbeit der Leiter des Mazur von Seiten des Pöpliner Bielgrzym, auch enthielt die Zuschrift des Dziennik aus der Danziger Gegend die unwiderlegbare Wahrheit. Ich wundere mich mithin, daß ungeachtet dessen, daß wir Kenner der masurischen Verhältnisse besitzen, die Leiter des Mazur den Rat kompetenter Leute nicht eingeholt, sondern so leichtsinnig öffentliches Geld verwirrschaftet haben, geradezu unter Schädigung der masurischen Sache nach innen und außen. Viel trauriger als die gegenwärtige Angelegenheit des Mazur hat sich in Masuren die Tätigkeit des verstorbenen Karas und des Herrn R. Rz. (Karl Rzepecki, Red. d. Gef.-Ab.) bemerkbar gemacht. Diesen Leuten schreibt man dort den Fall des alten verdienten masurischen Blattes zu, das mit einer Buchhandlung und Druckerei in Osterode verbunden gewesen ist. In den letzten Jahren erwarb dies Unter- nehmen von dem greisen Herr Salewski Herr P., ein gebildeter Mann voll Hingabe, der bis dahin an einem bekannten Teschener Blatte gearbeitet hatte. Alles gestaltete sich für die Zukunft recht günstig, denn die Arbeit machte sich auch in materieller Hinsicht bezahlt. Leider tauchten bald Schützer aus Posen auf in Gestalt der Herrn Karas und R. Rz., die dem Herrn P. märchen- hafte Summen zur Verfügung zu stellen versprochen, wenn er nur seine Tätigkeit in großem Maßstabe beginne. Herr P. gab nach langem Widerstreben nach, und zwar als man ihm par force aus Posen Sezer und einen Redakteur herangeholt hatte. Natürlich vergaß man nur jene märchenhaften Summen Beihilfe, und bald trat auch das ein, was jeder verständige Mensch voraus- sehen konnte: der fägliche Fall des ganzen Unternehmens. Herr P. aber, welcher über die schändliche Enttäuschung und den Verlust der Existenz verzweifelt war, rächte sich nach Art des Herrn Falkenberg, indem er die polnische Sache mit der Aktion von Schreibern identifizierte.

Es wird sich heute niemand über den verstorbenen Karas aus bekannten Gründen wundern; doch ruft Herr R. Rz. Verwunderung hervor. Er wußte Hallu-

zination von Wirklichkeit nicht zu unterscheiden, watete in die öffentlichen Interessen bis an den Hals hinein und wollte ungeachtet dessen immer und überall an der Spitze sein.

Daß man Herrn Falkenberg brandmarkt, erachte ich geradezu als Unsinn. Er ist nämlich Deutscher von Fleisch und Blut und dabei Geschäftsmann. Niemals hat er sich auch der Welt anders gezeigt. Was ist dieser Mann daran schuld, daß polnischer Leichtsinm ihm die Geschicke eines polnischen Blattes in die Hände gegeben hat und daß er gemäß seiner Auffassungsweise die Sache ausnützt? Nach der Flucht Zielinskis wurde Herr Falkenberg gemäß der völlig legalen Abmachung mit dem Aufsichtsrat des Mazur der einzige rechtmäßige Leiter des Letzteren, und er gibt ihn in einem solchen Rolorit heraus, wie er ihn als Deutscher und Geschäfts- mann als das entsprechendste erachtet. Da er eine fette Subvention aus der reichen Kasse des deutschen Wahlkomitees erhält, spottet er der polnischen Brand- markungen, die ihn in den Augen der Hafatisten hoch erheben und uns allgemein lächerlich machen.

Wir müssen uns durchaus einmal zu einer ent- schiedenen Tat aufraffen und die Leute, welche an dem Verlorengehen des Mazur und öffentlichen Gelder tatsächlich schuldig sind, zur Rechenschaft ziehen. An wen man sich zu halten hat, das zeigt deutlich die Anklage in dem Briefe des Herrn Zielinski, daß die Position „in Ortelsburg ganz verlassen dastand, Niemand, weder „die er officio dazu Berufenen, noch die, welche man „zu der gemeinsamen Arbeit aufgerufen habe, hätten sich um die Arbeit in Masuren usw. gekümmert.“ Herr Zielinski will Tatsachen anführen. Es ist dies eine öffentliche Anschuldigung des Posener Aufsichtsrats des Mazur, seine Pflichten vernachlässigt zu haben, und zwar eine Anklage von Seiten eines Mannes, den der Aufsichtsrat selbst als würdig erachtete, die öffentliche Meinung zu leiten. Auf dem Aufsichtsrat lastet mithin bisher der Verdacht, 30000 Mark öffentlichen Geldes vertan zu haben, und die Allgemeinheit fordert Licht in dieser Sache.

Zenon Lewandowski.

Aus Nr. 72 des Mazur (Ortelsburg)
vom 18. September 1907:

An die lieben Leser!

Man kann nicht zwei Herren mit einmol dienen, schreibt eine der polnischen Zeitungen infolge des in Nr. 70 des Mazur enthaltenen Artikels. Man kann nicht der evangelischen Kirche und dem groß- polnischen Ideal dienen, denn diese beiden werden stets verschieden sein wie Tag und Nacht. Das polnische Volk war den Evangelischen niemals ein wirklicher Freund. So ist es auch jetzt gewesen; die großpolnische Propaganda wollte euch, liebe masurischen Brüder, für ihre Ziele gewinnen. Dieselbe polnische Presse, die sich jetzt über den Mazur so entrüstet hat, entrüstet sich ebenso über die Ansiedelungskommission, indem sie behauptet, daß durch sie das Volk nicht nur germanisiert, sondern auch lutheranisiert werde. Hier liegt also jene Liebe für uns Evangelische klar auf der Hand.

Das oben erwähnte Blatt schreibt weiter, daß der Mazur nur dann die masurische und großpolnische Sache vertreten kann, wenn er keine religiöse Tendenz vertritt. Sehr richtig! Die evangelische Religion hält sich jedoch nur an das Wort Gottes, und Gott will, daß wir unserem Könige treue Untertanen sind, was wir Masuren auch tun. Um uns von unserem König abwendig zu machen, muß man uns erst von unserer evangelischen Kirche abwendig machen. Aus

diesem Grunde wünscht jenes Blatt auch, daß im Mazur die Religion vollständig ausgeschlossen sei.

Die polnische Presse sowie einige deutsche Blätter haben geschrieben, daß ich mich nur deshalb in deutsche Dienste gestellt hätte, weil ich vom Komitee nicht Tausende erpressen konnte, und daß ich den Mazur für polnisches Geld drucke. Ich habe noch keinen Pfennig bekommen, und will auch nichts, denn ich danke ergebenst für eine solche Gnade.

Ich habe aber soviel Vertrauen zu euch, masureische Brüder, daß ihr jetzt so zahlreich wie möglich den Mazur abonnieren und verbreiten werdet, der eure Sache verteidigt.

Aus Nr. 73 des Mazur (Ortelsburg)

vom 22. September 1907:

Briefe von Freunden des Mazur.

Lieber Herr Redakteur!

Ich halte seit Anfang an den Mazur und bekomme auch den Pruski Przyjaciół (Preußenfreund) aus Königsberg umsonst, und ich kann mich nicht genug darüber wundern, daß der Herr Redakteur auf verschiedene Angriffe des Przyjaciół bisher nicht geantwortet hat. Indessen muß ich zugeben, daß solange der Mazur im **großpolnischen Geiste** redigiert wurde, diese Angriffe des Przyjaciół nicht so unberechtigt waren, denn er wollte das masureische Volk vor dieser Überschwemmung schützen. Aber was will er jetzt vom Mazur?

Ich lese ihn gern und eifrig, denn er ist das einzige Blatt in Masuren, das sich wirklich bemüht, daß wir, die wir nicht deutsch lesen können, wissen, was in dieser weiten Welt passiert, während der Przyjaciół alle Nachrichten erst zwei oder drei Wochen später bringt als der Mazur; deshalb werde ich den Mazur auch halten, solange meine paar Groschen reichen werden. Seit der Zeit, wo er den falschen Weg verlassen, auf dem er sich befunden hatte, gefällt er mir noch viel besser. Wenn ich ihn vorher den Bekannten zum Lesen gab, dann sagten sie mir: „Laß uns nur mit deinem Mazur in Ruhe, denn du weißt doch gut, daß dieses Blatt unser Volk nur beirrt“, und sie nahmen den Przyjaciół in die Hand. Jetzt ist es ganz anders; jetzt können sie den Augenblick nicht mehr erwarten, daß ihnen der Briefträger den Mazur bringt, und jeden Tag kommen sie bei mir zusammen, damit ich ihnen daraus etwas vorlese, und jetzt hat in unserem Dorfe schon fast jeder Wirt den Mazur beim Briefträger bestellt, denn er ist jetzt unser wirklicher Freund.

Ich kann aber diese Angriffe des Pruski Przyjaciół gegen unser Blättchen nicht begreifen. Wenn er unser wirklicher Freund wäre, dann müßte er sich mit uns freuen, daß der Mazur, solange es noch Zeit war, den richtigen Weg betreten hat. Indessen bewirft er ihn mit Schmutz und beleidigt ihn mit den schlimmsten Worten; hier zeigt sich aber der ritterliche Charakter des Mazur, der zu allem schweigt und denkt, wer Schmutz in die Hand nimmt, der besudelt sich. Es fällt mir hier auch das Sprichwort ein: „Wer einem andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“ Ich kann mir die Sache nicht anders erklären, als nur damit, daß der Przyjaciół neidisch ist, daß ihm nach der Änderung des Mazur viele Abonnenten abgehen werden. In unserem Dorfe abonniert niemand mehr den Pruski Przyjaciół, und wenn ihn jemand vom Rektor umsonst bekommt, dann nimmt er ihn auch, denn Papier wird zu verschiedenen Sachen gebraucht.

Der Nieprzyjaciół (Nichtfreund) sagt mit Befriedigung, daß wir den Mazur gewiß bald begraben werden, da vergift er aber, daß ein Junger sterben kann, ein Alter aber sterben muß. Unser Mazur verteidigt uns mit junger Kraft ganz gut, denn er ist nicht von fremdem Kapital abhängig und er singt des Vieh, weß Brot er isst.

Abonnieren wir also den Mazur, um ihm dankbar zu sein für die unserer Sache wegen erlittenen Angriffe.

Für diesmal genug, aber wenn mir der Herrgott Gesundheit schenkt, dann werde ich an den kommenden langen Abenden mehr schreiben. Bleiben Sie gesund, Herr Redakteur, bis zum nächsten Male.

B. E. aus M.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 219 des Głos Śląski (Gleiwitz)

vom 12. September 1907:

Kanonikus Dr. Franz und sein Zeugnis über die Politik des Herrn Kardinal Kopp.

Von angesehener Seite erhalten wir nachstehenden Artikel:

Wenn es wahr ist, daß Kanonikus Dr. Franz dem Redakteur des in Neustadt erscheinenden Zentrumsblattes Bürkner persönliche Grüße des Herrn Kardinals überbracht und ihm die Anerkennung des Herrn Kardinals ausgedrückt hat, würde dies soviel bedeuten, daß der Herr Kardinal diejenige Zentrumspolitik billigt, welche die polnische Bewegung in Oberschlesien bekämpft hat und bekämpft. Und weiter würde dies bedeuten, daß hinter der Politik der Führer des schlesischen Zentrums und auch der Zentrale der Zentrumsgeistlichen kein anderer steht, als nur der Herr Kardinal Kopp. Es muß etwas Besonderes in der Luft schweben, wenn man dafür gesorgt hat, diese Nachricht in die Welt loszulassen. Es muß jemandem an der Verbreitung dieser Nachricht sehr viel gelegen haben. Es muß darum zu tun gewesen sein, daß diese vom Kanonikus Dr. Franz mit Nachdruck hervor gehobene Manifestation des Kardinals Kopp zur Kenntnis der breiteren Öffentlichkeit gelange. Man darf vermuten, daß diese politische Manifestation des Kardinals dazu dienen soll, diejenigen Bemühungen und Bestrebungen zu unterstützen, die ihre Tätigkeit nach der Richtung entwickeln, das Kompromiß zwischen dem Zentrum und der polnischen Partei bei den Landtagswahlen zu bekämpfen und zu vereiteln.

Ich erinnere daran, daß der Herr Kardinal schon damals, als das alte Zentrum dem Druck der Bismarckschen Politik nicht nachgeben wollte, gegen dieses mit dem bekannten Ausspruch: „Das Zentrum — ist nicht die Kirche“, aufgetreten ist, um die Bedeutung des Zentrums in den Augen der Katholiken zu schmälern, namentlich aber den Einfluß des berühmten Windhorst zu zerbröckeln, den Bismarck tödlich haßte. Damals handelte es sich nur um eine Vermehrung der Steuern und um eine Benachteiligung des Geldbeutels der Katholiken. Heute handelt es sich um etwas mehr, um eine weit wichtigere Angelegenheit, nämlich um die nationalen von Gott kommenden kirchlichen und um die bürgerlichen Rechte, die der polnischen Nation zukommen. Diese nationalen Rechte sind so teuer und heilig, daß man sie um keinen Preis aufgeben darf. Das Wesen der Nationalität und die nationale Ehre gebieten, diese Rechte aufs äußerste zu verteidigen. Solche Begriffe von der Bedeutung der Nationalität leben auch in der Seele der deutschen Katholiken, wie dies die von dem Geistlichen Rat Wacker in der deutschen Katholikenversammlung zu Würzburg gehaltene Rede bezeugt.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Rede auf allgemeinen Wunsch der Versammlungsteilnehmer in Würzburg gehalten wurde. Dieser Rede haben nicht nur die Tausende von Anwesenden in der deutschen Katholikenversammlung Beifall gezollt, sondern sogar die deutschen Bischöfe drückten dafür dem Redner herzlich die Hand.

Wenn Kanonikus Dr. Franz dieser Rede beigewohnt hätte, so würde dies, glaube ich, sowohl ihm selbst, als auch den Geistlichen der Zentrale, die die gleiche Gesinnung hegen, wie er, dazu verhelfen, die Begriffe von der allmählichen Germanisierung der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien zu kurieren, und sie von ihrem sündhaften Fehler heilen, der darin besteht, daß den Geistlichen erlaubt ist, das preußische System mit Hilfe der Germanisierung durch die Kirche zu unterstützen. Dort hätte nämlich der Herr Kanonikus vernommen, daß die Nationalität nicht irgendeine zufällige Erscheinung, sondern ein Werk des göttlichen Willens sei, und daß die katholische Kirche alles berücksichtige, was der Nationalität teuer und heilig ist. Und wenn der Herr Kanonikus diese schöne Rede gehört hätte, dann hätte er dem Redakteur des Neustädter Zentrumsblattes wahrscheinlich empfohlen, sie in seinem Blatte abzu- drucken, damit die Deutschkatholiken Oberschlesiens von den habsburgischen Gefühlen kuriert würden, damit sie die Verfolgung der polnischen Glaubensgenossen einstellten und es aufgaben, zur Freude der Gegner und Schädiger der katholischen Kirche eine Politik des Hasses zu stärken.

Des polnischen Volkes Verteidigung seiner polnischen Nationalität entspricht völlig den Begriffen der Deutschkatholiken aus dem Westen hinsichtlich der Nationalität, als eines von Gott entspringenden, teuren, heiligen und so kostbaren Schatzes, daß sich die Kirche um seine Erhaltung bemüht, und erst recht diejenigen, die diese Nationalität mit sich auf die Welt gebracht. Die Politik unserer Zentrumsleute unterstützt nur die Bestrebungen der preußischen Regierung und die habsburgischen Gelüste, was zur Schwächung des Katholizismus führt, der dadurch in den polnischen Landesteilen ungeheuren Schaden erlitten hat. Aus diesem Grunde verurteilen auch die Katholiken Westdeutschlands die Zentrumspolitik Oberschlesiens, wovon die scharfen Artikel der „Köln. Volkstzg.“ gegen die habsburgischen Bestrebungen unserer Verfolger und gegen die Zentrumspolitik der schlesischen Führer Zeugnis ablegen.

Und was für ein Vorteil erwuchs dem Katholizismus aus dem bekannten Verhalten der Zentrumsleute anläßlich des Schulstreiks der polnischen Kinder? Es darf nicht vergessen werden, daß damals die preußische Regierung durch die Behauptung, die dem Herrn Kardinal Kopp zugeschrieben wird, getröstet wurde, daß nämlich der den polnischen Kindern in deutscher Sprache erteilte Religionsunterricht mit den Grundsätzen der katholischen Kirche nicht im Widerspruch stehe. Was sehen wir nun? Schon längst ist die polnische Sprache aus der katholischen Schule hinausgeworfen worden, und jetzt hat das Reichsgericht in Leipzig anläßlich des Schulstreiks durch sein bekanntes Urteil **die Bischöfe als die Herren der Religion aus den Schulen hinausgeworfen und die Regierung an die Stelle der Bischöfe gesetzt.** Daß das Reichsgericht zu einer solchen Auffassung gekommen ist, darauf kann ebenfalls die dem Herrn Kardinal Kopp zugeschriebene Behauptung zugeschrieben werden, daß der den polnischen Kindern in deutscher Sprache erteilte Religionsunterricht mit den Grundsätzen der Kirche nicht in Widerspruch stehe. Auf diese Weise haben die Bischöfe vor dem Lande keine andere Bedeutung, als die von der Regierung zur Erteilung des Religionsunterrichts zugelassenen Religionslehrer. Zuerst wurde die polnische Sprache aus den Schulen hinausgeworfen,

und zum Dank für die Rechtfertigung der Regierung wurde den katholischen Bischöfen der Charakter als Herren der Religion in der katholischen Schule entzogen. Freilich in den Augen der katholischen Bevölkerung können sie diesen Charakter oder diese Bedeutung nicht einbüßen, denn Gott richtete am Tage der Sendung des hl. Geistes weder an Pilatus noch an Herodes die Bitte, ihm die Bestellung der Apostel als Herren der Religion zu gestatten. Auch unser Erlöser hat nicht, daß man ihm erlaube, das Kindlein zu ihm zu führen, damit es aus seinem göttlichen Munde den Religionsunterricht in seiner Muttersprache empfangen. Er hat darum nicht, sondern er ordnete dies kraft seiner göttlichen Sendung an.

Obgleich den katholischen Bischöfen der Charakter als Herren der Religion in der Schule entzogen wurde, werden wir katholischen Polen an den göttlichen Grundsätzen unseres Herrn und Erlösers treu festhalten, und den Deutschkatholiken im Westen werden wir aufrichtig die Hand reichen zur gemeinsamen Abwehr der Angriffe gegen die Kirche und den Glauben. Andererseits werden wir die Schädiger unserer Nationalität entschieden bekämpfen, wenn es sogar Geistliche wären. Wir wissen, daß die Grundsätze unserer Verteidigung mit den Grundsätzen der Kirche übereinstimmen, die lehrt, daß die Nationalität ihrer Gläubigen hochgeschätzt und daß das verteidigt werden müsse, was ihnen in nationaler Hinsicht lieb und heilig ist, wie dies Geistlicher Rat Wadert in seiner Rede gezeigt hat.

Die polnische Bevölkerung möge festhalten an ihren aufrichtigen Führern, die sie heute in den Führern der polnischen Partei und in den polnischen Blättern besitzt, die sie über alles gewissermaßen befehlen. Möge sie wissen, daß die wohlgesinnten Geistlichen auf Seiten der polnischen Blätter stehen und deren Grundsätze und Lehren teilen. Bei solcher Eintracht und Einmütigkeit wird auch für das polnische Volk der Tag des Sieges ausbrechen.

Aus Nr. 114 des Polak (Kattowitz)

vom 26. September 1907:

Den Kurjer Slonski,

ein Tageblatt, wird vom 1. Oktober d. J. Herr Adalbert Korfanty herauszugeben beginnen. Eine Probenummer ist bereits verflossenen Sonnabend erschienen, und sie befindet sich wahrscheinlich schon in den Händen unserer Freunde und Anhänger.

Um alle Irrtümer zu vermeiden, betonen wir, daß der „Polak“ nach wie vor dreimal wöchentlich für diejenigen erscheinen wird, die weniger Zeit zum Lesen haben. Neben dem Polak aber wird für diejenigen, die in ihrem Hause ein Tageblatt zu sehen wünschen, der Kurjer Slonski erscheinen, und zwar auf den Wunsch zahlreicher Volksgenossen, die fortwährend darauf bestanden, daß wir neben dem Polak die Herausgabe eines Tageblattes beginnen möchten.

Der Kurjer Slonski ist den Angelegenheiten des armen polnischen Volks gewidmet. Das Volk hat ihn gewünscht, daher wird er auch dem Volke treu dienen, dem Volke, das den Glauben und die Sprache der Väter bewahrt hat und die Grundlage und der Fels der nationalen Sache in Schlesien ist.

Der Kurjer Slonski wird energisch kämpfen um die Rechte des polnischen Volkes und rücksichtslos alle ihm zugefügten Unbilden und Ungerechtigkeiten verurteilen. Gegen unsere Unbilden und für die Gerechtigkeit! Gegen die Ausbeutung und für die Verbesserung des Loses des polnischen Volkes. Das sind die Losungen des Kurjer Slonski.

Liebe Brüder und Volksgenossen! Scharf euch um das neue Werk, wir wissen sehr gut, daß wir ohne eure Mitarbeit, ohne eure Hilfe nichts zustande brächten. Da wir aber eure Opferwilligkeit, eure Liebe zur nationalen und völkischen Sache kennen, vertrauen wir auf eure Hilfe und bitten euch alle, uns Leser für den Kurzer Slonski zu gewinnen. Seid dessen eingedenk, liebe Brüder, daß jeder gewonnene Leser ein neuer Rekrut in den Reihen unserer Kämpfer für unsere heilige Sache ist, ein Rekrut, der nach einem Vierteljahr zu einem eifrigen und tüchtig arbeitenden Volksgenossen heranwächst. Wohlan denn also, ans Werk!

Aus Nr. 215 des Głos Śląski (Gleiwitz)
vom 18. September 1907:

Französische Volksschullehrer über die preußischen Volksschullehrer.

Eins der Hauptorgane der französischen Volksschullehrer, die „Revue de l'Enseignement primaire“ vom 8. September d. J. schließt seinen Bericht über die Broschüre „Die preußische Schule in Polen“ (unlängst herausgegeben in französischer Sprache von dem Pariser Informations- und Preszbureau des galizischen Nationalrats) in folgender Weise: „Jetzt hat man einen genauen Begriff von der durch die preußischen Funktionäre in Polen unternommenen Germanisierungsarbeit. Möge jeder sagen, was er will, aber das eine ist sicher: Die französischen Lehrer würden sich einer solchen Arbeit niemals unterziehen. Zwischen ihrem Geistesleben und dem ihrer preußischen Berufskollegen, zwischen dem französischen und nordgermanischen Charakter, zwischen Frankreich und Preußen besteht trotz allem . . ein gewisser kleiner Unterschied!“

Aus Nr. 113 des Polak (Kattowitz)
vom 24. September 1907:

Rapperswiler Stipendium.

In Rapperswil befindet sich bei dem polnischen Nationalmuseum ein Graf Ostrowski-Fonds, der sich auf einige hunderttausend Franken beläuft. Die Zinsen dieses Fonds sind zum großen Teil als Stipendien für die in höheren Lehranstalten sich bildende Jugend bestimmt. Im verflossenen Jahre wurden 14000 Franken unter 14 Kandidaten verteilt.

Die Stipendien des Graf Ostrowski-Fonds sind zur Unterstützung einzelner Personen bestimmt, die infolge des entnationalisierenden Systems der Annexionsstaaten gelitten haben. Aus dem preußischen Anteil haben sich bis jetzt sehr wenige um die Gewährung eines Stipendiums beworben. J. B. stammten im verflossenen Jahre nur zwei Kandidaten aus dem preußischen Anteil.

Aus Nr. 220 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 25. September 1907:

Unterrichtshilfe in Breslau.

Die Mitglieder der „Unterrichtshilfe“ (Pomoc Naukowa) sowie alle diejenigen, die dem Verein nicht beigetreten sind, sich aber bereit erklärt haben, freiwillige Beiträge zu leisten, bitte ich hiermit angesichts des bevorstehenden Wintersemesters, in welchem wir neue Stipendien zahlen müssen, um gefällige baldige Entrichtung der rückständigen Beiträge. Ich werde

annehmen, daß alle diejenigen, die bis zum 1. Oktober ihre Beiträge nicht einsenden, damit einverstanden sein werden, daß ich von ihnen den Beitrag durch Postnachnahme erheben werde.

Zugleich bescheinige ich den Empfang des von dem „Verein der polnischen Kaufleute in Kattowitz“ gespendeten Betrages von 45,85 Mark.

Kattowitz, den 18. September 1907.

Siegesmund Seyda, Kassierer.

Aus Nr. 110 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 19. September 1907:

Beiträge:

Wir erhielten nachstehendes Schreiben:

Von den anliegenden 20 Mark in Papier bestimme ich 5 Mark für Herrn Drzymala in Kattowitz zur Anschaffung eines neuen Wagens; 5 Mark für die Abgebrannten in Kleinrotorz und 10 Mark zum Bau eines polnischen Vereinshauses in Oppeln. Ich bitte in der Gazeta zu quittieren. Ich habe den einen Wunsch, daß sich die Deutschen (natürlich diejenigen, die den mit der ganzen Zivilisation in Widerspruch stehenden Satisfaktismus fördern) weiter blamieren und lächerlich machen und daß alle ihre schrecklichen Narrheiten zur Kenntnis der ganzen Welt gelangen möchten.

Es grüßt herzlich

Pfarrer Kotulinski aus Oberschlesien.

Aus Nr. 113 des Polak (Kattowitz)
vom 24. September 1907:

Achtung Landsleute!

R y b n i k.
Hiermit erliche ich alle, die aus der Volksbibliothek in Rybnik von Herrn Mrowiec Bücher geliehen und bis jetzt nicht abgegeben haben, um deren baldige Rückgabe. Vom 1. Oktober werde ich aus dieser Bibliothek unentgeltlich Bücher verleihen. Ich bitte, diese Gelegenheit möglichst wahrzunehmen. Die langen Winterabende eignen sich zum Lesen und zur Bildung des Geistes. Jeder, ob Landwirt oder Arbeiter, ob jung oder alt, wird irgend ein Samenkorn des Wissens finden, was ihm nützen kann. Außer wissenschaftlichen Büchern sind auch Bücher religiösen Inhalts und Erzählungen vorhanden, die sich sehr für Frauen eignen. Von dieser Bibliothek, aus der man unentgeltlich Bücher leihen darf, erzählt denjenigen, die zur Anschaffung einer Zeitung oder eines Buches kein Geld haben und dennoch gern lesen.

Dr. B i a l y.
P. S. Wer einen Menschen im Kreise Rybnik kennt, der polnische Gedichte verfaßt, möge mir dessen Adresse mitteilen.

Aus Nr. 216 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 20. September 1907:

Aus Petrkowicz Kreis Ratibor.

Hier fand am Montag die Eröffnung eines Hauses, von den Deutschen „Wohlfahrts haus“ genannt, statt. Der Feier wohnte auch der Regierungspräsident aus Oppeln bei. Er sprach dort auch in dem Sinne, daß dieses Haus nicht bloß ein Werk des Kampfes, sondern

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 215 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 20. September 1907:

Zum Kaiserbesuch in Posen bemerkt der „Dziennik Berliński“:

Der Kaiser besucht morgen Posen und begibt sich gleich nach Głowno. Das Posener Tageblatt sagt, ganz Posen werde aus Freude über den hohen Besuch die Stadt mit Flaggen schmücken. — Wir hoffen, daß das polnische Bürgertum seine nationale Würde achten wird!

Aus Nr. 217 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 22. September 1907:

Zu der in Stargard (Westpreußen) in Sachen des Schultreifs erfolgten Verurteilung des Propstes Olszewski aus Osiel bemerkt der Dziennik Berliński folgendes:

Das Blut erstarret in den Adern, die Feder verzagt den Dienst angesichts solcher nach Rache zum Himmel schreiender Urteile!

Aus Nr. 218 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 24. September 1907:

Was sagen die Bischöfe, was sagt der Papst dazu?

Eine schreckliche Sache ist geschehen!

Wie wir bereits am Sonnabend in der Rubrik „Allerneueste Nachrichten“ mitteilten, ist von der Strafkammer in Stargard Propst Olszewski aus Osiel zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet worden. Und wofür? Dafür, daß er in der Kirche und außerhalb derselben den durch die ganze Welt und auch durch die deutschen Pädagogen anerkannten Grundsatz verteidigt hat, daß jeglicher Unterricht, um so mehr also der Religionsunterricht, in der Muttersprache der Kinder erteilt werden müsse; er ist ferner dafür verurteilt worden, daß er im Sinne dieses Grundsatzes die gegenwärtige Praxis des preussischen Systems in den polnischen Landesteilen gebrandmarkt hatte, des Systems, das zum großen Schaden für ganze Geschlechter aus der Schule eine Dienerin der Politik, der Germanisierungspolitik gemacht und sie in ein allgemeines Dressurinstitut umgewandelt hat.

Gegen eine solche Schule, gegen einen solchen Unterricht, gegen ein solches System zu opponieren, ist doch in einem konstitutionellen Staate kein Verbrechen, für das man einem unbescholtenen Menschen, einen Menschen von Ehre, von gewissen Grundsätzen und Überzeugungen wie einen gemeinen Verbrecher

ein und ein halbes Jahr

ins Gefängnis steckt!

Und dabei noch das schändliche sofortige Verhaften des Verurteilten!

Verträgt sich das alles mit der Würde des gesamten geistlichen Standes, ist es denn für diesen ganzen Stand nicht eine schwere Beleidigung?

Hat man denn tatsächlich befürchtet, daß Propst Olszewski, der es verstanden hat, seine Grundsätze dreist und innig zu bekennen, und für die offene Bekennung dieser Grundsätze so hart bestraft worden ist, sich vor der Verbüßung dieser Strafe flüchten und aus Furcht vor ihr wie ein Feigling die Fahne, die

auch ein Werk des Friedens sein soll. — Es wäre zu wünschen, daß dem tatsächlich so wäre, daß den Mährern in Petrkow Ruhe und Freiheit gewährt würde. Wir aber, die wir nur zuviel Erfahrung besitzen, können uns verschiedene Gedanken machen über diesen „Frieden“ und die „Wohltat“, die aus diesem Haus hervorgehen werden. Sehr sonderbar ist es, daß man uns Slawen in Preußen verschiedene „Wohltaten“ aufdrängt, wobei man solche historische „wohltätige Tatsachen“ zuläßt, wie der berühmte Wagen Drzymalas im Posenschen ist. Wir Slawen in Preußen müssen hinsichtlich der „deutschen Wohltaten“ stets gewisse Zweifel hegen. — An dieser Stelle darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Nacht am Tage vor der Eröffnung des genannten Hauses irgendein unbekannter Mensch (vielleicht waren es mehrere) von den Masten die preussischen und deutschen Fahnen herunterriß, die in ziemlich großer Zahl zu dieser Feier ausgehängt wurden. Es handelt sich hierbei vielleicht nur um eine politische Demonstration, da der Täter andere Sachen nicht verfehlte, sondern nur die Fahnen herunterriß.

Aus Nr. 113 des Polak (Kattowitz)
vom 24. September 1907:

Gegen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter

wenden sich angeblich die hiesigen Arbeiter, wie deutsche Blätter berichten. Es soll eine Versammlung einberufen werden, in welcher die oberschlesischen Arbeiter gegen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter Protest erheben werden. Uns ist nichts bekannt, daß sich unter den polnischen Arbeitern eine Unzufriedenheit infolge der Beschäftigung ausländischer Arbeiter überhaupt kundgibt. Unsere Arbeiter murren nur über die Beschäftigung der Ruthenen, denn diese schädigen, da sie überwiegend auf einer sehr niedrigen Bildungsstufe stehen, wirklich unsere Arbeiter, weil sie gegen eine billigere Entlohnung arbeiten und den Arbeitgebern gegenüber allzu unterwürfig sind. Überdies erlauben sie sich von Zeit zu Zeit haidamakische Überfälle auf unsere Arbeiter. Bei solchen Überfällen spielen gewöhnlich das Messer oder andere gefährliche Werkzeuge eine große Rolle. Unsere Arbeiter fühlen sich auch dadurch verletzt, daß sich die galizischen Ruthenen mit unseren Todfeinden verbinden und zugleich mit ihnen unsere Nation bekämpfen. Unsere Arbeiter erinnern sich auch des brutalen Überfalls der Ruthenen auf das Heiligtum der polnischen Kultur und Wissenschaft in Lemberg. Man kann sich also nicht allzusehr wundern, wenn ihnen die Ruthenen nicht sehr sympathisch sind. Unsere Arbeiter widersetzen sich dagegen nicht der Beschäftigung polnischer Arbeiter aus den anderen Landesteilen. Diese fordern manchmal das, was ihnen gebührt, dreister, als unsere Arbeiter, und sie verstehen ihre menschliche Würde zu verteidigen. Warum sollten sie da nicht Arbeit und Brot unter ihren Brüdern auf polnischem Boden finden? Es ist nicht wahr, daß unsere Arbeiter überzeugt seien, daß die ansteckenden Krankheiten und jüngst der Typhus in Antonienhütte aus dem Auslande eingeschleppt worden wären. Die Arbeiter sehen die Quelle der Epidemie anderswo. Die Ursache des Ausbruchs der ansteckenden Krankheiten in Schlesiens sind die elenden sozialen, wirtschaftlichen und sanitären Zustände. Soweit ist die angebliche preussische Kultur noch nicht vorgeschritten, daß im Bereich des preussischen Staats selbständig Epidemien nicht ausbrechen könnten.

er verteidigte, von sich werfen würde? Haben denn seine Richter, die doch sicherlich nicht zugeben würden, daß man ihren Kindern den Religionsunterricht in einer anderen, als in der Muttersprache erteile, und die trotzdem ein so unerhört scharfes Urteil über ihn gefällt haben, tatsächlich angenommen, daß ein polnischer Geistlicher es versteht, Grundsätze zu bekennen, es aber nicht versteht, für sie zu leiden?

Wissen sie denn nicht, was in der Zeit des Kulturkampfes geschehen ist?

Diese sofortige Verhaftung nicht irgend eines Verbrechers oder Banditen, sondern die eines instituierten katholischen Propstes, eines polnischen Geistlichen sollte einen entsprechenden Eindruck in der ganzen zivilisierten Welt machen und einen ähnlichen kräftigen Ausbruch allgemeiner Verurteilung hervorrufen, wie solche am Schlusse des Jahres 1901 das draconische Urteil in der Wreschener Angelegenheit hervorgerufen hat.

Der Drzymala'sche Wagen — und jetzt wiederum die Verurteilung des polnischen Geistlichen

zu anderthalb Jahren Gefängnis,

sowie die sofortige Verhaftung desselben, ohne das Resultat der beim Reichsgericht eingelegten Revision abzuwarten, das sind Vorfälle, angesichts deren sich das Blut in den Adern zusammenkrampft, auch bei dem ruhigsten Menschen.

Wohin wird denn die ganze Kultur führen, wenn solche Ereignisse in einem Staate möglich sind, der sich anmaßt, in der Welt die führende Rolle zu spielen?

So viel vom allgemeinen, nicht vom polnischen, sondern vom allgemeinen — menschlichen Standpunkte aus.

Und nun handelt es sich um die Antwort auf die in der Überschrift unseres Artikels ausgedrückte Frage:

Was sagen die Bischöfe, was sagt der Papst dazu?

Werden sie es zulassen, daß ein polnischer Geistlicher, der die wichtigsten Interessen der katholischen Religion verteidigt, indem er verlangt, daß diese dem polnischen Kinde in der Muttersprache gelehrt würde, schwere Gefängnisstrafe erlitte dafür, daß in diesen kritischen Zeiten außer dem verstorbenen Erzbischofe von Stablewski sich kein Bischof offenkundig auf den Standpunkt gestellt hat, daß der Religionsunterricht in der Volksschule nicht ausschließlich in der Muttersprache der Kinder erteilt werden müsse?

Werden sie zugeben, daß die polnischen Geistlichen für die Anerkennung und Bekanntgabe des von der ganzen katholischen Welt anerkannten Grundsatzes ins Gefängnis gesteckt würden wie **gemeine Verbrecher**?

Sind denn die preußischen Bischöfe so sehr mit dem „Modernismus“ in der Kirche beschäftigt, daß sie nicht wissen, daß gerade durch das preußische System der katholischen Sache in den polnischen Landesteilen furchtbare Gefahr droht?

Werden sie sich denn nicht für den polnischen Geistlichen, den Befürworter des Grundsatzes, verwenden und nicht Schritte unternehmen, um diesen Verfechter seiner Grundsätze vom „Loche“ (Gefängnis) zu befreien?

Und wenn sie sich unter dem Einflusse der preußischen Diplomatie im Kardinalspurpur nicht verwenden werden für den ins Gefängnis gesteckten Amtsbruder, dessen ganze Schuld nur darin liegt, daß er zu dem unglücklichen, von allen Seiten gepeinigten polnischen Volke gehört, so fragen wir: **Wird sich für ihn der Statthalter Christi in Rom verwenden?** Wird er es zugeben, daß die polnische Geistlichkeit für die Bekennung und Bekanntmachung der von der gesamten katholischen Kirche anerkannten Grundsätze traktiert würde wie gemeine Verbrecher?

Ein mannhaftes Wort des Vatikans würde unsere Geistlichkeit von der furchtbaren Ungewißheit befreien,

in der sie zu leben gezwungen ist. Wenn uns der Vatikan hier in unserer Hoffnung täuschen sollte, dann würde der katholischen Sache in diesem Falle eine weit größere Gefahr drohen, wie man daselbst vermutet.

Aus Nr. 215 des Dziennik Kujawski (Hohensta) vom 19. September 1907:

In einer am verflossenen Sonntage in Düsseldorf abgehaltenen Polenversammlung wurde die nachstehende Resolution angenommen:

Die in der vom Polenbunde einberufenen Versammlung anwesenden polnischen Emigranten aus Düsseldorf und Umgegend verurteilen angesichts der alldeutschen Versuchungen hinsichtlich der Enteignung der Polen den in der Tat barbarischen Grundsatz, daß „in der Politik Macht vor Recht gehen müsse.“

Wir werden bei diesem nackten Proteste allein nicht beharren, sondern wir fordern unsere Brüder in der Fremde und in der Heimat auf, in der nationalen Arbeit nicht aufzuhören: für die Erhaltung der nationalen Selbstständigkeit und Gleichheit zu sorgen, Volksaufklärung zu verbreiten und so die Lage des Arbeiters zu verbessern und einmütige Verteidigung gegen die Angriffe der Feinde zu führen.“

Aus Nr. 211 des Wiarus Polski (Bochum) vom 14. September 1907:

Die Polen in der Fremde.

Ein neuer polnischer Verein in der Rheinprovinz.

In der Rheinprovinz, besonders in der Umgegend von Köln bestehen verschiedene industrielle Anlagen, in denen auch viele unserer Landsleute tätig sind. Es existieren dort schon seit mehreren Jahren polnische Vereine, z. B. wie in Köln, Mühlheim und seit kurzer Zeit in Wißdorf, trotzdem waren unsere dortigen Landsleute durch den immer größeren Zuzug unserer Brüder, besonders nach dem Orte Kalk, gezwungen, einen Verein zu gründen. Bisher gehörte nur eine sehr geringe Zahl von Landsleuten zu den benachbarten Vereinen, weil das immer mit Kosten und Unbequemlichkeiten verbunden war. Seit einer gewissen Zeit bemühten sich daher einige Landsleute darum, auch in dem Orte Kalk einen Verein zu gründen und in demselben alle Anwesenden zu vereinen, was auch jetzt tatsächlich gelang. Am verflossenen Sonntage, den 8. d. Mts., fand in Kalk eine öffentliche Versammlung statt, zu der eine ziemlich Anzahl von unseren Landsleuten erschienen war.

Diese Versammlung wurde von dem Herrn Thomas Kaczmarek einberufen und geleitet. Nachdem die Tagesordnung verlesen war, erteilte Herr Kaczmarek dem Vorsitzenden des Selbsthilfe-Verbandes polnisch-katholischer Vereine, Herrn St. Kunz aus Bochum, das Wort, welcher in einem längeren Vortrage den Anwesenden die Notwendigkeit der Gründung von Vereinen und den Nutzen derselben klarlegte. In der Diskussion über die Gründung des Vereins nahm unter anderen der Herr Szulcowski, Vorsitzender des Vereins „Einheit“ aus Köln, und der frühere Vorsitzende des Vereins „Ognisko“ aus Mühlheim, Herr Dymek das Wort. Daraufhin wurde die Gründung des polnisch-katholischen Vereins „Oswiata“ unter dem Schutze des heiligen Joseph beschlossen. Es ließen sich 63 Landsleute als Mitglieder eintragen.

Herr S. Kunz legte ein Projekt für die Satzungen des Vereins vor, welches auch mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen wurde. Als Vorstand wurden

nachstehende Mitglieder gewählt: P. Raczmarek als Vorsitzender, J. Wolski als Vertreter, J. Czeranowicz als Schriftführer, J. Szewczyk als Vertreter, M. Sliwinski als Kassierer, K. Tutfowski als Vertreter, Fr. Przychalski als Bibliothekar, M. Konieczny als Vertreter.

Die Versammlungen sollen alle 14 Tage, am Sonntage um 6 Uhr abends in dem Lokale des Herrn Becker stattfinden.

Die geehrten Landsleute aus Kall und der Umgegend, die noch nicht einem polnischen Vereine angehören, bitten wir sehr, dem neu gegründeten Vereine zahlreich beizutreten und seine Bestrebungen fördern zu helfen, damit der Verein sich vergrößern und mit Vorteil für das Wohl der Mitglieder arbeiten könne. (Die Redaktion des Wiarus Polski sendet dem neuen Verein die besten Glückwünsche zu. Glück auf.)

Aus Nr. 217 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 19. September 1907:

Man muß sich organisieren.

Landsleute!

Angeichts der Gelüste, uns an die Zentrumsleute zu verkaufen und uns zu zwingen, bei den Reichstagswahlen nicht für einen Landsmann, sondern für einen Deutschen zu stimmen, müssen wir uns organisieren, damit wir jegliche Gelüste vereiteln könnten.

Aus diesem Grunde müßten wir in jedem Orte einen „Wahlverein“ als Filiale des „Polnischen Zentral-Wahlvereins für Westfalen, das Rheinland und die benachbarten Provinzen“ ins Leben rufen.

Die Wahlvereine sollen die Landsleute für die nächsten Reichstagswahlen vorbereiten und gleichzeitig auch über die Kommunal- und Kirchenwahlen, sowie über jegliche nationalen Angelegenheiten wachen.

Wer sich von den Landsleuten mit der Veranstaltung einer Versammlung des „Zentral-Wahl-Vereins“ sowie mit der Gründung einer Filiale desselben befassen will, der möge sich an mich wenden, ich werde ihm alsdann mit Rat und Hilfe dienen; auch bin ich bereit, für Referenten zu sorgen.

Gott zum Gruß!

Franz Janowski,

Vorsitzender des „Zentral-Wahl-Vereins.“

Bruch, Bochumerstr. 115.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 215 des Czas (Kraau)

vom 19. September 1907:

Betrifft den Stuhl des heiligen Adalbert.

Posen, den 18. September.

(Die Kandidaten für den erzbischöflichen Stuhl. — Die paarigen und die unpaarigen Präsentationen. — Das Kaisermanöver und der Ministerholle. — Die Kandidatur des Prinzen Maximilian von Sachsen. — Der Statthalter Prinz Friedrich Leopold von Hohenzollern. — Die Rangfrage.)

Der plötzliche Tod des Suffraganbischöfs Andrzejewicz in Gnesen lenkte erneut die Aufmerksamkeit unserer Gesellschaft auf die beweinenswerten Verhältnisse, unter welchen unsere Geistlichkeit ihre erhabene Sendung zu erfüllen hat. Seit zehn Monaten ist der erzbischöfliche Thron unbesetzt, doch die preussische Regierung hat

noch keinen ihr genehmen Kandidaten gefunden, den sie in Rom als den künftigen Erzbischof der Erzdiozese Posen-Gnesen in Vorschlag bringen könnte. Bekanntlich bleibt der Vatikan dabei, daß der zukünftige Erzbischof der polnischen Sprache mächtig sein müsse und nicht im politischen Gegensatz zu der polnischen Bevölkerung stehen dürfe. Von den Kandidaten, deren Namen am meisten genannt werden, hatte auch nicht einer diese Befähigung, denn sowohl der Militärpfarrer v. Krzesinski in Magdeburg, als auch der Pfarrer Schirmeisen in Beuthen traten auf politischem Gebiete auf, indem sie gegen die polnische Bevölkerung kämpften. Der erste der erwähnten Kandidaten scheint jeden Augenblick seine Ansicht zu wechseln: einmal nimmt er die Kandidatur aus der Hand der Regierung nicht an, ein andermal erklärt er, daß er als ehemaliger Soldat dorthin gehen werde, wohin ihn der Wille Kaiser Wilhelms II. berufen werde. Der andere Kandidat lehnte ab, in der Überzeugung, daß er für die Posener Verhältnisse nicht der richtige Kandidat sei.

Wenn wir die widerlichen Äußerungen der liberal-katholischen Blätter hinsichtlich der Besetzung des Stuhles des heiligen Adalbert lesen, so wird unser Herz von Schmerz erfüllt: in dem protestantischen Preußen werden wir so behandelt, als ob die heilige Kirche schon vollständig den Befehlen der Regierung oder gar der Katholiken unterstände, als ob es sich einfach um die Anstellung eines hohen preussischen Beamten an dem Sitze des Posener Doms handelte.

Die von den hohen Kapiteln vorgelegte Kandidatenliste wurde von der Berliner Regierung nicht berücksichtigt, obwohl es Tatsache ist, daß der Zufall der preussischen Regierung insofern günstig war, als die Mehrzahl der Domherren ihre Stellung deren Vorschläge verdankt. In Gemäßheit des Konkordats besetzt die Regierung die Domherrenstellen, wenn der Vorgänger in einem ungeraden Monate gestorben ist, der Bischof dagegen, wenn der Tod eines Domherrn in einem geraden Monate erfolgt ist. Das Gnesener Domkapitel wird sich nach dem Tode des Bischofs Andrzejewicz, welcher in einem ungeraden Monate gestorben ist, ausschließlich aus Domherren zusammensetzen, welche die Regierung in Vorschlag gebracht hat. Verwalter der Gnesener Diözese ist der greise Prälat Dorzjewski in Gnesen, die Posener Diözese dagegen verwaltet der Suffraganbischof Wikowski, und auf dessen Schultern wird von jetzt ab die ganze Last der bischöflichen Tätigkeit in den umfangreichen kombinierten Diözesen ruhen, in welchen gewöhnlich drei Bischöfe pastorierten.

Nach dem Rücktritt des Ministers v. Studt sucht dessen Nachfolger, der Kultusminister Dr. Holle, nach einem entsprechenden Kandidaten. Manche sind der Ansicht, daß die Besetzungsfrage des Posener Bischofsstuhles nach der Rückkehr Kaiser Wilhelms II. von den großen Festungsmanövern, zu welchen er am 20. September d. J. nach Posen kommen wird (vielleicht) erfolgen wird. Denn seine impulsive Natur wird dann an die noch nicht erledigte Sache erinnern. Dies würde wahrscheinlich niemand freudiger begrüßen, wie Minister Holle selbst, denn in diesem Falle würde die wirkliche Verantwortlichkeit, welche er, wenn auch nur formell, der Verfassung gegenüber übernimmt, nicht auf ihn fallen. Wenn er auch erst seit einigen Monaten im Amte ist, so weiß Minister Holle recht gut, daß er es den chauvinistischen Katholiken niemals recht machen wird. Gegen die Entschließung des Kaisers dagegen wird niemand so offen aufzutreten wagen.

In letzter Zeit hob die Presse mit Nachdruck hervor, daß Prinz Maximilian von Sachsen, Bruder des jetzigen Königs, der Kandidat Kaiser Wilhelms II. für den erzbischöflichen Thron sei. Kaiser Wilhelm II. soll vor einigen Monaten infognito in Schloß Pillnitz bei Dresden

gewesen sein und dort mit dem Könige von Sachsen und dem apostolischen Vikar des Königreichs Sachsen, Bischof Schäfer aus Dresden, beraten haben. Die Reise des Kaisers soll in einem Automobil erfolgt sein. Möglich ist es, denn die Entfernung von Berlin nach Dresden beträgt nur drei Stunden beschleunigter Eisenbahnfahrt, die kaiserlichen Automobile aber fahren nicht minder schnell als die Schnellzüge, namentlich auf den dortigen vorzüglichen Chausseen. Allerdings soll Prinz Maximilian erklärt haben, daß er auf eine Bischofswürde keinen Anspruch habe, eine derartige Erklärung aber steht dem nicht im Wege, daß Kaiser Wilhelm II. sich nicht um dessen Ernennung zum Posenener Erzbischof bemühen sollte. Viele Umstände sprechen dafür, namentlich die große Freundschaft zwischen dem Kaiser und dem Könige von Sachsen und dessen politische Aspirationen der polnischen Bevölkerung gegenüber. Ich will hier unerwähnt lassen, inwieweit eine gewisse geschichtliche Überlieferung des „sächsischen Hauses“ in Polen darin eine Rolle spielen würde, daß ein sächsischer Prinz „Primos von Polen“ werden sollte. Jedenfalls wird ein Geistlicher aus dem regierenden Hause Wettin auf deutscher Seite allgemein als ein ausgezeichnete, jegliche Garantie bietender Kandidat betrachtet werden.

Der Bau des kaiserlichen Schlosses in Posen schreitet gegenwärtig fort und nähert sich seiner Beendigung. Allgemein wird gesagt, daß in ihm ein Hohenzollernprinz, vielleicht Prinz Friedrich Leopold, wohnen werde, dem der Kaiser oftmals seine repräsentative Vertretung im In- und Auslande überträgt. Als dem ältesten Sohne des verstorbenen Regenten von Braunschweig, Prinzen Albrechts, hätte ihm, wie es viele glaubten, die Regierung in Braunschweig zufallen müssen. Indes hat den braunschweigischen Thron, nach dem Willen Preußens und des braunschweigischen Landtages, Johann Albrecht von Mecklenburg als Regent bestiegen. Es wäre deshalb durchaus nichts Außergewöhnliches, wenn Prinz Friedrich Leopold eine Art Statthalterchaft in Posen erhalten würde.

Bestimmungsgemäß werden in Preußen jedem Bischof dieselben Ehren, wie einem Generalmajor erwie sen. Der höchste Beamte aber in jeder Provinz ist der Kommandierende General, welcher dem Range nach über dem Oberpräsidenten der Provinz steht. Als Prinz Maximilian von Sachsen als bischöflicher Kandidat genannt wurde, da behaupteten die halbamtlichen Blätter im Ernst, es gezieme sich nicht, daß ein katholischer Bischof, als Prinz von Geblüt, im Range höher stände, als der Kommandierende General. In Posen würde auch dieses Bedenken fortfallen, wenn ein Hohenzollernprinz in dem dortigen kaiserlichen Palaste Wohnung nehmen würde. Ihm würde vor dem Prinzen von Sachsen der Vorrang gebühren.

Alles würde, nach der Berechnung der preußischen Regierung, stimmen, wenn nicht die Bedingungen Roms hinsichtlich der Kenntnis der polnischen Sprache wären. Erzbischof Dinder, der erste Deutsche auf dem Stuhle des heiligen Adalbert, war zwar der polnischen Sprache auch nicht mächtig, sondern fing erst bei der Übernahme der Gnesen-Posener Erzdiözese die Muttersprache seiner Diözesanen zu erlernen an. Aber seitdem ist viel Zeit verstrichen und Rom, welches dafür sorgt, daß die Glaubensartikel den unzüivilisierten Völkern durch die Missionare in deren Muttersprache verkündet werden, wird sicherlich nicht zugeben, daß Erzbischof in Posen ein Geistlicher werde, welcher des Polnischen nicht mächtig ist. Die Verhältnisse sind nicht derartig, daß von dieser Bedingung abgesehen werden könnte, denn dadurch würde offenbar die katholische Kirche geschädigt werden.

Aus Nr. 216 des Czas (Kraukau)

vom 20. September 1907:

Organisation der Geistlichkeit in Großpolen.

Posen, den 19. September.

Wenn die maßgebenden Faktoren der Gesellschaft, die Landwirte, die weltliche Intelligenz, in erster Linie aber unsere Geistlichkeit, fleißig daran arbeiten, um die breiten Bevölkerungsschichten und die einzelnen Gewerkschaften in jeder Hinsicht: wissenschaftlicher, gesellschaftlicher, politischer, idealer und materieller zu organisieren, so würde es eine Anomalie sein, wenn dieselben Kreise nicht auch für sich die erforderlichen Organisationen schaffen wollten.

Von dem Gesichtspunkte ausgehend ist es wohl natürlich, daß auch unter unserer Geistlichkeit der Gedanke, eine eigene Organisation ins Leben zu rufen, immer mehr Boden gewinnt. Sie soll beruflicher Natur sein, dabei aber zum Schutze gegen eventuelle Ausbeutung und Schädigung dienen. Der unermüdete und verdienstvolle Prälat Bawrzyniak, der glänzende Organisator und Patron unserer Erwerbsgenossenschaften, hat sich an die Spitze einer Bewegung gestellt, welche die Anerkennung der Mehrzahl unserer Geistlichkeit gefunden hat; der Rest wird sich ihr wahrscheinlich anschließen, sobald die Organisation öffentlich in die Erscheinung treten wird. Es sollen Erleichterungen und Bequemlichkeiten verschiedener Natur, z. B. bei Versicherungen, beim Rechtsschutz usw. erreicht werden. Politik und Theologie sind bei den Beratungen und Verhandlungen ausgeschlossen.

Ähnliche Organisationen bestehen bereits in anderen Diözesen und haben ihren Mitgliedern viel Gutes erwiesen.

Aus Nr. 433 der Nowa Reforma (Kraukau)

vom 20. September 1907:

Das Deutschtum in der Kirche.

Aus Zakopane wird uns geschrieben, daß in der dortigen Jesuitenkapelle Passionsbilder mit erklärenden Unterschriften in deutscher Sprache angebracht sind. Die vielen Zakopane besuchenden Kurgäste und das dortige Volk wundern sich sehr über die Pflege des Deutschtums durch die Jesuitenpatres. An Kupferstichen und Bildern mit polnischen Unterschriften haben wir keinen Mangel, wir dürfen nur nicht fremden, obendrein deutschen Fabrikaten den Vorzug geben, um so weniger, als sie für ein Gotteshaus bestimmt sind, welches von dem polnischen Volke besucht wird.

Meiner Ansicht nach müßten wir beizeiten dieser Stimme Gehör schenken. Die betreffende Nummer des „Volksblattes“ berührt aber noch andere wissenswerte Fragen. Sie teilt mit, daß die Sitzungen des „Bundes der christlichen Deutschen in Galizien“ die Bestätigung der galizischen Statthalterei erhalten haben, wobei sie folgende Bemerkung macht: „Die Polen werden sehr enttäuscht sein, wenn sie erfahren, daß die galizischen Deutschen fest und treu zu ihrer Sache stehen und sich durch nichts von dem Kampfe um ihre billigen Rechte abschrecken lassen.“ Dann beschwert sich das „Volksblatt“ vor der ganzen öffentlichen deutschen Meinung über die angebliche Polonisierung der deutschen Schulen in Galizien, was namentlich in Zboiska bei Zemberg, in der Kolonie Mariahilf (Vorstadt von Kolomyja) und in Rosenberg bei Dobromil vorgekommen sein soll, woselbst mit Genehmigung des Gemeindevorstandes die deutsche Unterrichtssprache durch die polnische ersetzt wurde. Dabei erfahren wir, daß in

Galizien 90 deutsche, vom katolischen Geiste durchdrungene Konfessionsschulen vorhanden sind. Das „Volksblatt“ fordert, das Land solle auf seine Kosten mindestens noch einmal so viel deutsche Schulen gründen. In Brigidau (Steiermark) fand am 25. August eine große deutsche Volksversammlung statt, an welcher sich 450 Personen aus der ganzen Umgegend beteiligten. Die Versammlung war bereits von dem Geiste des „Bundes der christlichen Deutschen in Galizien“ durchdrungen. Allgemein wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Ziele des „Bundes“ möchten möglichst bald in Erfüllung gehen. Es folgen aus Brückental bittere Beschwerden über die angebliche Polonisierung in der Kirche. Alle fordern durchaus einen deutschen Geistlichen. Mit der Angelegenheit befaßt sich auch das „Wiener deutsche Tageblatt“.

Wie eifrig die Deutschen an die nationale Arbeit herantreten, das beweist der Fragebogen, welchen das „Volksblatt“ mit der Bitte an die Leser und Leserinnen veröffentlicht, dementsprechende Antworten einzusenden. Es heißt darin:

1. Wann ist die Gemeinde gegründet worden?
2. Von wo stammen die Ansiedler?
3. Wie viele Häuser (Wirtschaften) gab es zur Zeit der Gründung?
4. Ob es eine Schule und ob es eine Kirche am Orte gibt?
5. Wann ist die Schule und wann die Kirche gegründet worden?
6. Welches ist die Unterrichtssprache in der Schule?
7. Wie viele Klassen hat die Schule?
8. In welcher Sprache finden die Predigten statt?
9. Wie viele Einwohner (Seelen) hat die Gemeinde? Darunter wie viele Deutschen, Polen, Ruthenen usw.?
10. Wie viele schulpflichtige Kinder gibt es am Orte? Darunter wie viele deutschen, polnische, ruthenische, jüdische?
11. Wie viele Deutsche, wann und wohin, haben die Gemeinde verlassen? (Dies weiß bei uns niemand, obwohl die Triebfeder dieser Auswanderung die berühmte preussische Ansiedelungskommission ist, uns also die Sache doppelt interessieren müßte!)
12. Was gibt es am Orte Bemerkenswertes (Molkerei, Feuerwehr, Bibliothek, Konsumverein, Raiffeisenkasse usw.)?

Schließlich empfiehlt das „Volksblatt“ den Deutschen in Galizien die feierliche Begehung der nationalen Jahrestage, darunter die des Sedanrieges am 1. September, der Niederlage der Römer im Teutoburger Walde am 10. September und die der Einweihung des Nationaldenkmals im Niederwald. Auch dürfte es seiner Zeit an der Geburtstags- und Todesfeier Bismarcks nicht fehlen. Wir werden sicherlich noch die Schande erleben, daß auf dem polnischen und Boden der preussischen Krone befindlichen Grunde und Boden derjenige gefeiert wird, welcher die Lösung zur Ausrottung der Polen gegeben hat!

Werden wir uns mit dem Rechte der Deutschen in Galizien einverstanden erklären?

Wieslaw.

völkerung Galiziens erlassenen Aufrufs, in welchem diese aufgefordert wird, sich zum Schutze der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte zu organisieren. In manchen Orten sind in der deutschen Sache Artikel mit energischer Abfertigung der Annahmen erschienen, ja, es wurde sogar auf das neue Organ „Deutsches Volksblatt für Galizien“ aufmerksam gemacht, dessen erste Nummer am 17. August d. J. in Lemberg erschienen ist. Der Inhalt dieser Zeitschrift wurde einer näheren Erörterung unterzogen und daraus eine Menge interessanter Einzelheiten an das Tageslicht gefördert, mit der Ankündigung, unsere öffentliche Meinung werde nunmehr achtgeben und die deutsche Bewegung aufmerksam verfolgen. Hierauf wurde es in unseren Blättern still. Unser Eifer ließ nach, nicht aber der deutsche, denn wenn die Deutschen erst einmal eine Sache in die Hand genommen haben, so lassen sie in der Arbeit nicht nach, sondern arbeiten in der angegebenen Richtung mit nachahmenswerter Ausdauer und vielem Fleiß weiter. Strohfeuer gibt es bei ihnen nicht.

Die deutsche Sache in Galizien ist, obwohl sie vielleicht jemandem minder wichtig erscheinen könnte, im Grunde genommen von nicht geringer Tragweite, deshalb muß ihr die größte Aufmerksamkeit geschenkt und jede Einzelheit dieser Bewegung verfolgt werden und, was das wichtigste ist, wir dürfen uns nicht mit dem vorübergehenden, sporadischen Eifer begnügen, sondern müssen die entsprechenden Mittel zur Anwendung bringen. Mit Erfolg handeln aber kann man nur dann, wenn man die betreffenden Verhältnisse und die Sachlage möglichst genau kennt.

Vor allen Dingen dürfte die „deutsche Sache“ nicht in den Landesblättern totgeschwiegen werden. Ich will deshalb die augenblickliche Ruhe, welche nach dieser Richtung hin eingetreten ist, unterbrechen, direkten Anlaß aber dazu hat die zweite Nummer des erwähnten Volksblattes gegeben, welche Sachen enthält, die unserer Aufmerksamkeit nicht entgehen dürften. Gleich zu Anfang des Artikels begegnen wir einem Leitartikel unter der Überschrift: „Auf zur Tat!“, aus welchem klar hervorgeht, daß die deutschen Quertreibereien nicht nur aus Biala, sondern in gleichem Maße auch aus Tschernowitz herrühren. Der Verfasser des erwähnten Artikels ist der Bufowinaer Landtagsabgeordnete Joseph Wiedmann, der bei Besprechung der auf der Tagesordnung stehenden Wahlreform des galizischen Landtages seine deutschen Landsleute in Galizien auffordert, die Hände nicht in den Schoß zu legen, sondern bei dieser Gelegenheit energisch vorzugehen . . .

Der Verfasser des Artikels empfiehlt als Muster die mährische Landtags-Wahlreform hinsichtlich des nationalen Katasters, die Reichsratswahlreform dagegen hinsichtlich der Zusammenlegung der Wahlkreise, welche eine nationale Vereinigung der fern von einander liegenden Ortschaften ermöglicht. Die galizischen Deutschen sollen ihre Forderungen der Regierung und gleichzeitig den deutschen Parteien, namentlich der christlich-sozialen Partei, mit der Bitte um möglichst eifrige Unterstützung vorlegen und schließlich die ganze nationale Presse zur Hilfe anrufen; auch müßten die Deutschen sich unter den Ruthenen Bundesgenossen suchen.

Aus Nr. 423 der Nowa Reforma (Kraakau)

vom 14. September 1907:

Die Deutschen bei der Arbeit in Galizien.

Wien, den 13. September.

Unlängst wurde in unserer Presse viel Lärm geschlagen und zwar anläßlich eines an die deutsche Be-

Aus Nr. 442 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 21. September 1907:

Am Vorabend der neuen Auswanderung.

Allem Anschein nach stehen wir unmittelbar vor einer neuen Auswanderungsbewegung, die sich nach

Brasilien richten wird, woselbst die dortige Regierung mit fieberhafter Hast Vorbereitungen trifft, um ähnlich, wie im Jahre 1887, neue Auswanderer nach ihrem Lande zu locken und mit ihnen die ungeheuren menschenleeren, mit Urwäldern bestandenen Flächen zu besiedeln. Zu dem Zwecke hat die brasilianische Regierung beschlossen, weder Mühe noch Kosten zu scheuen, um eine Massenauswanderung in die Wege zu leiten. So werden z. B. Privat-Unternehmungen als Entschädigung für jede herbeigeschaffte Familie 100 bis 200 Milreis, 5000 Milreis für jede aus 60 Familien bestehende Ansiedlung und je 200 Milreis für jedes neu errichtete Wohnhaus erhalten, welches entsprechend so eingerichtet werden soll, daß der Ansiedler sofort darin wohnen kann.

Der Ansiedlungsanteil soll mindestens 25 Hektar betragen, in einer gesunden, mindestens 200 Meter über dem Meere liegenden Gegend gelegen und bebauungsfähig sein. Das Regulativ betrachtet jeden als Einwanderer, der das 60. Lebensjahr nicht überschritten hat und sei es auf eigene Kosten, sei es auf Kosten der brasilianischen Regierung oder eines anderen Unternehmens eingewandert ist. Als Emigranten sollen sogar ältere und arbeitsunfähige Leute erachtet werden, wenn sie Mitglieder einer Familie sind, die mehrere arbeitsfähige Personen besitzt. Diejenigen Einwanderer welche eine Brasilianerin heiraten, sollen die Anteile unentgeltlich erhalten, andere nach fünfjähriger Ratenzahlung.

Der Preis für den fiskalischen Boden beträgt für den Hektar 10 Milreis (ungefähr 10 Kronen), entsprechend der Lage und den Bedingungen.

Zurzeit beschäftigt sich eine von der brasilianischen Regierung eingesetzte Kommission damit, zu Besiedlungszwecken entsprechende Landflächen ausfindig zu machen. Hier sollen noch vor der Ankunft der Einwanderer Hauptsitze gegründet werden, in welchen sich Nahrungsmittelvorräte für die Ankommenden befinden sollen. Überdies baut die Regierung schleunigst

eine Landstraße von Prudentópolis nach dem Innern des Landes. Es soll auch eine Besiedlungs-Inspektion gegründet und Bevollmächtigte für die Unterbringung der Ansiedler ernannt werden.

Und was noch wichtiger ist, die brasilianische Regierung hat beschlossen, nach Europa ihre bevollmächtigten Agenten mit besonderen Instruktionen zu entsenden. Als Ansiedlungsmaterial sind in erster Linie die Polen und die Italiener in Betracht gezogen worden.

Angeichts aller dieser Vorbereitungen in Brasilien werden wohl binnen kurzem Agenten das Land überschwebmen, die das Volk nach dem Paradiese jenseits des Ozeans anwerben werden. Daß sie hier leicht Gehör finden werden, ist mit Sicherheit anzunehmen. Die Dorfgemeinden sind überfüllt, das ackerbautreibende Proletariat ist ungeheuer, der Grund und Boden teuer, vor allen Dingen aber das Verlangen nach Grund und Boden ein großes, zu dem man jenseits des Meeres „mit nichts“ kommen kann. Wird denn der besitzlose oder auf einem Morgen sitzende Bauer der Versuchung widerstehen, wenn man ihm freie Überfahrt und 40 Morgen Land anbietet, wenn er nur fährt?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir uns am Vorabend einer Massen-Auswanderungsbewegung nach Brasilien befinden. Dem Lande droht eine neue soziale Krisis, ein neuer Abfluß des wertvollsten Reichtums, die Abnahme der Nationalität, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Nachkommen der Auswanderer früher oder später entnationalisieren müssen.

Um dieser Bewegung entgegenzutreten, gibt es kein Mittel. Dagegen kann beizeiten dafür gesorgt werden, daß die sich daraus ergebenden Verluste eingeschränkt werden, daß der Ausbeutung der Auswanderer durch gewissenlose Agenten vorgebeugt werde. Wir müssen daran denken, so lange es noch nicht zu spät ist.